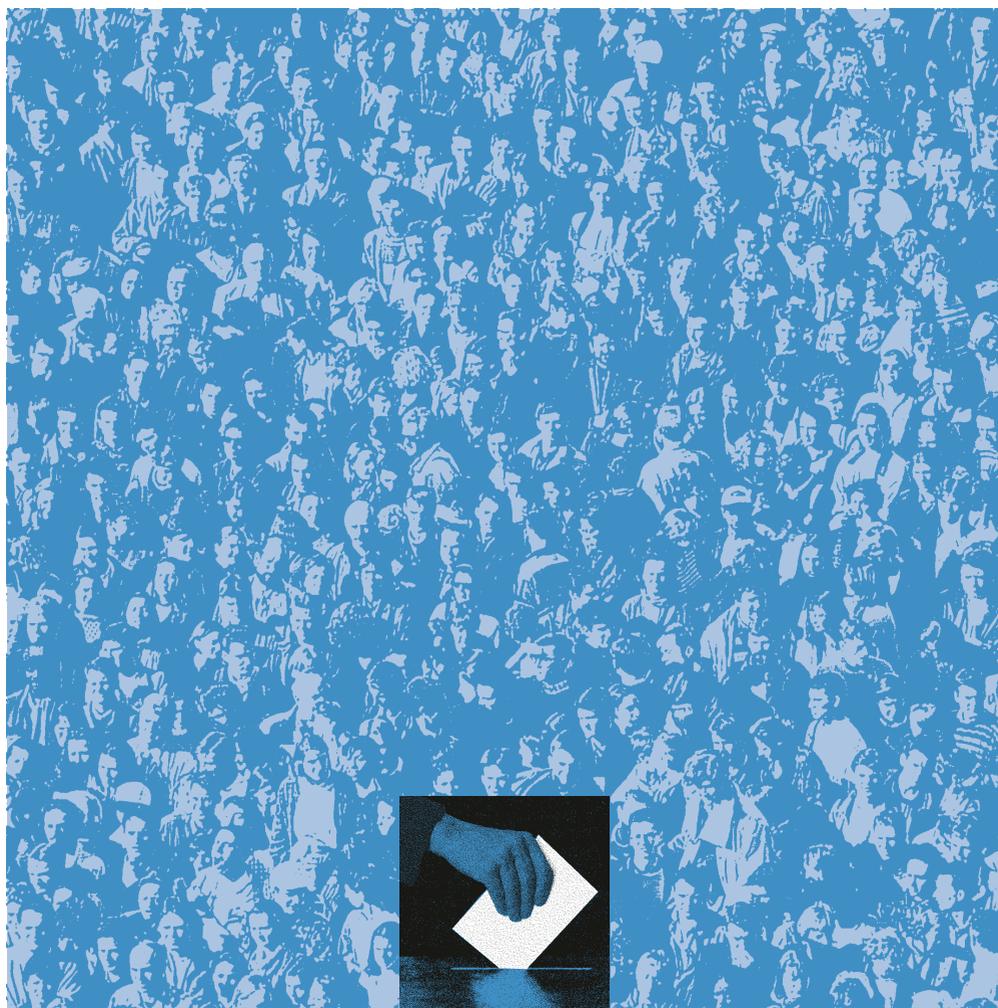


# Das Parteiensystem der Schweiz im internationalen Vergleich

Eine Studie mit Daten der  
Nationalratswahlen 1971–1999



Office fédéral de la statistique  
Bundesamt für Statistik  
Ufficio federale di statistica  
Uffizi federal da statistica

OFS BFS UST

Neuchâtel, 2003

Die vom Bundesamt für Statistik (BFS) herausgegebene Reihe «Statistik der Schweiz» gliedert sich in folgende Fachbereiche:

---

0	Statistische Grundlagen und Übersichten	11	Verkehr und Nachrichtenwesen
1	Bevölkerung	12	Geld, Banken, Versicherungen
2	Raum und Umwelt	13	Soziale Sicherheit
3	Arbeit und Erwerb	14	Gesundheit
4	Volkswirtschaft	15	Bildung und Wissenschaft
5	Preise	16	Kultur, Medien, Zeitverwendung
6	Industrie und Dienstleistungen	17	Politik
7	Land- und Forstwirtschaft	18	Öffentliche Verwaltung und Finanzen
8	Energie	19	Rechtspflege
9	Bau- und Wohnungswesen	20	Einkommen und Lebensqualität der Bevölkerung
10	Tourismus	21	Nachhaltige Entwicklung und regionale Disparitäten

---

# Das Parteiensystem der Schweiz im internationalen Vergleich

Eine Studie mit Daten der Nationalratswahlen  
1971–1999

**Klaus Armingeon**

Professor für Politikwissenschaft  
Universität Bern



Office fédéral de la statistique  
Bundesamt für Statistik  
Ufficio federale di statistica  
Uffizi federal da statistica

---

**Herausgeber:** Bundesamt für Statistik (BFS)  
**Auskunft:** Werner Seitz, Madeleine Schneider, BFS, Tel. 032 713 65 85  
E-Mail: werner.seitz@bfs.admin.ch, madeleine.schneider@bfs.admin.ch  
**Autor:** Prof. Dr. Klaus Armingeon  
**Vertrieb:** Bundesamt für Statistik, CH-2010 Neuchâtel  
Tel. 032 713 60 60 / Fax 032 713 60 61 / E-Mail: order@bfs.admin.ch  
**Bestellnummer:** 586-9900  
**Preis:** Fr. 10.–  
**Reihe:** Statistik der Schweiz  
**Fachbereich:** 17 Politik  
**Originaltext:** Deutsch  
**Titelgrafik:** Roland Hirter, Bern  
**Layout:** Claude Maier  
**Copyright:** BFS, Neuchâtel 2003  
Abdruck – ausser für kommerzielle Nutzung –  
unter Angabe der Quelle gestattet  
**ISBN:** 3-303-17023-1

---

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	5
Einleitung .....	7
1 Kriterien des Vergleichs und Datengrundlagen .....	9
2 Zahl der Parteien .....	11
3 Parteifamilien und Konfliktlinien .....	15
4 Ideologien und Programmatik .....	19
5 Links- und rechtsextremistische Parteien .....	24
6 Die Nationalisierung des Parteiensystems .....	27
7 Das Kräfteverhältnis der Parteien .....	30
8 Die neunziger Jahre im internationalen Vergleich .....	36
9 Schluss .....	38
10 Ausblick .....	39
Literatur .....	41
<b>Anhang 1:</b> Wähleranteile nach Parteifamilie und Dekade .....	45
<b>Anhang 2:</b> Parteipolitische Zusammensetzung der Regierungen nach Dekaden .....	57
<b>Anhang 3:</b> Mandatsverteilung nach Ländern .....	63



## Vorwort

Seit gut zehn Jahren erfährt das schweizerische Parteiensystem eine Veränderung, wie sie seit der Einführung der Proporzwahlen von 1918 noch nie gesehen wurde: Die rechtskonservative Schweizerische Volkspartei (SVP), jahrzehntelang die viertstärkste Partei mit einer Stärke von 10–12% verdoppelte innert zweier Wahlen ihren Wähleranteil und avancierte damit zur stärksten Partei in der Schweiz. Und die Grünen etablierten sich in den neunziger Jahren als neue Partei, und zwar als bedeutendste Nicht-Bundesratspartei.

Solche Veränderungen der schweizerischen Politlandschaft legen es nahe, die häufig vorgebrachte Einschätzung der Schweiz als Sonderfall politischer Stabilität zu überprüfen. Ist die Schweiz wirklich das Musterbeispiel eines Mehrparteiensystems, das dank ausgeprägtem Föderalismus und direkter Demokratie von einzigartiger Stabilität ist? Fragen dieser Art können am besten mit einem vergleichenden Blick über die Grenzen hinweg beantwortet werden. Das Bundesamt für Statistik hat deshalb Dr. Klaus Armingeon, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Bern, beauftragt, die Veränderungen der schweizerischen Parteienlandschaft in den vergangenen dreissig Jahren mit den parteipolitischen Veränderungen in den europäischen Staaten zu vergleichen und dabei Gemeinsamkeiten und Besonderheiten herauszuarbeiten. Die vorliegende Studie kommt zum Schluss, dass das schweizerische Parteiensystem wie auch seine Veränderungen keinen Sonderfall in der europäischen Politlandschaft darstellt, auch wenn die hiesige Parteienlandschaft durchaus durch schweizerische Besonderheiten geprägt ist.

Im Anhang der vorliegenden Studie finden sich Tabellen mit den offiziellen Ergebnissen der Parlamentswahlen sämtlicher EU- und EFTA-Staaten seit 1970. Das Bundesamt für Statistik hat von den statistischen Ämtern dieser Staaten freundlicherweise die offiziellen Wahlergebnisse erhalten. Bei der Aufarbeitung dieser Daten wurde das Bundesamt für Statistik vom politologischen Institut der Universität Bern unterstützt.

Ich möchte hiermit dem Autor, Prof. Dr. Klaus Armingeon, für seine interessante Arbeit danken; er trägt die wissenschaftliche Verantwortung für diese Studie. Ein herzliches Dankeschön richtet sich auch an die Direktorinnen und Direktoren der statistischen Ämter, welche es uns ermöglicht haben, die Daten zur politischen Entwicklung in ihren Ländern in einfacher und handlicher Art zu publizieren.

Ich hoffe, diese Studie trage dazu bei, sowohl die Besonderheiten der schweizerischen Politik zu erkennen, als auch das Gemeinsame, welches die schweizerische Politik mit Europa verbindet.

Bundesamt für Statistik  
Dr. Adelheid Bürgi-Schmelz  
Direktorin

## Einleitung

Der Gegenstand dieser Darstellung sind die Schweizer Parteien und das schweizerische Parteiensystem im internationalen Vergleich. Politische Parteien sind organisierte Zusammenschlüsse gleichgesinnter Staatsbürgerinnen und Staatsbürger zur Förderung gemeinsamer politischer Anliegen in Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen über öffentliche Angelegenheiten. Unter einem Parteiensystem versteht man die Gesamtheit der in einem politischen Gemeinwesen agierenden Parteien und ihrer wechselseitigen Beziehungen; ein Parteiensystem ist also mehr als die Summe seiner Elemente, d.h. seiner Parteien. Wichtige Merkmale von Parteiensystemen sind die Zahl der Parteien, ihre Grössenverhältnisse, die Ideologien der wichtigsten Parteien sowie deren Interaktionsmuster, deren Beziehung zur Gesellschaft und zum politischen System sowie der Grad der Institutionalisierung des Parteiensystems.

Das Schweizer Parteiensystem ist bereits kenntnisreich und in vielen seiner Details beschrieben worden. An erster Stelle sind die Arbeiten von Erich Gruner, insbesondere seine Monographie über die Parteien in der Eidgenossenschaft zu nennen (Gruner 1977). Andreas Ladner hat sich besonders viele Verdienste um die Aufdatierung und Revision der Darstellungen von Gruner erworben (Ladner 1991 und 1999; vgl. auch Geser, Ladner et al. 1994). Vatter hat die Parteiensysteme im kantonalen Vergleich untersucht (Vatter 2001). Kapitel in Lehrbüchern und Sammelbänden liefern weitere wichtige Informationen (Kriesi 1995; Linder 1999; Kerr 1987; Sciarini und Hug 1999). Sie wurden teilweise auch unter international vergleichenden Aspekten aufgearbeitet.

Im vorliegenden Beitrag wird dieses vergleichende Vorgehen konsequent verfolgt. Im Gegensatz zu einer ausführlichen Beschreibung und Analyse der schweizerischen Parteien im nationalen Kontext geht es dabei nicht um eine möglichst weitgehende und detailgetreue Nachzeichnung der Strukturen, Entwicklungslinien und Probleme der Parteien und ihrer Beziehungen in der Eidgenossenschaft. Vielmehr sollen die Unterschiede und Gemeinsamkeiten mit Parteiensystemen in anderen etablierten Demokratien in der OECD-Ländergruppe, insbesondere in Westeuropa<sup>1</sup>, identifiziert werden. Der Vergleich wird sich dabei auf ausgewählte Aspekte des Parteiensystems beschränken müssen. Im Zentrum steht dabei das Parteiensystem der Schweiz. In jedem Abschnitt

---

<sup>1</sup> Die Vergleichsgruppe der OECD-Ländern setzt sich aus folgenden Länder zusammen: Australien, Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland (ab 1974), Vereinigtes Königreich (GBR), Irland, Island, Italien, Japan, Kanada, Luxemburg, Neuseeland, Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal (ab 1975), Schweden, Schweiz, Spanien (ab 1977) und Vereinigte Staaten (USA). Der Begriff «Europa» bezeichnet die westeuropäischen Länder in dieser Gruppe.

wird zunächst von den schweizerischen Verhältnissen ausgegangen; daraus werden Fragen für den internationalen Vergleich abgeleitet.

Von vielen inländischen Beobachtern wird das Zusammenspiel der Parteien in der Eidgenossenschaft als ein Sonderfall der europäischen Parteiensysteme verstanden. Dafür spricht zunächst vieles: Nirgendwo in Europa hat die direkte Demokratie eine derart zentrale Stellung im politischen System wie in der Schweiz. Deshalb sind die Handlungsoptionen der schweizerischen Parteien vorerst andere als jene von Parteien in Ländern mit einem rein parlamentarisch-repräsentativen politischen System. Die Schweizer Parteien seien im Zusammenhang von Abstimmungskämpfen entstanden und deshalb Kinder der Volksrechte und nicht wie im restlichen Europa Produkte der Parlamentarisierung, schrieb Erich Gruner (Gruner 1977). Und ferner unterschieden sich aufgrund des ausgeprägten Föderalismus die politischen Systeme der Kantone, so dass selbst Nationalratswahlen nur 26 kantonale Parallelwahlen seien. So das Urteil desselben Autors, das vielfach wiederholt wurde (Kerr 1987; Kriesi 1998). Dabei konnte man sich auch auf die beachtlichen Unterschiede der anderen politischen Institutionen der Kantone stützen (Vatter 2001). Dennoch, so sollen die folgende Vergleiche zeigen, bildet das Schweizer Parteiensystem keine eigene Klasse, kein Fall *sui generis*. Vielmehr gehört es zu einer Gruppe von fragmentierten Parteiensystemen in Europa und es unterliegt ähnlichen Entwicklungstrends, wie sie die europäischen Parteiensysteme kennzeichnen. Dies gilt selbst für die Umwälzungen der schweizerischen Parteienlandschaft in den 90er Jahren, die in komparativer Perspektive ihre Singularität verlieren.

# 1 Kriterien des Vergleichs und Datengrundlagen

Parteiensysteme lassen sich unter einer Vielzahl von Gesichtspunkten analysieren. Die vergleichende Untersuchung über die Unterschiedlichkeit und Ähnlichkeit des schweizerischen Systems muss sich weniger und einfacher Kriterien bedienen, die typologische Zuordnung oder quantitative Messung erlauben. Aus der Definition des Parteiensystems folgen wichtige Vergleichskriterien. Dazu gehören die Zahl und Stärke der Parteien sowie deren ideologische Ausrichtung. Dabei wird unterstellt, dass es überhaupt nationale Parteiensysteme gibt. Zumindest für die Schweiz ist dies mit der These der nationalen Wahlen als 26 Parallelwahlen in Frage gestellt worden: die kantonalen politischen Systeme und insbesondere die kantonalen Parteiensysteme seien derart unterschiedlich, dass die Bestimmungsgründe des Wahlverhaltens kantonal variieren müssten. Deshalb ist das Ausmass der Homogenität eines Parteiensystems innerhalb der verschiedenen Gebiete einer Nation ein weiteres wichtiges Kriterium. Man könnte dies als den Grad der «Nationalisierung» eines Parteiensystems bezeichnen (Caramani 1996). Da sich Parteiensysteme wandeln, sind Stärke und Richtung des Wandels weitere Vergleichskriterien. Dazu gehört auch der Aufstieg und Niedergang von politischen Parteien.

Die vorliegende Beschreibung des schweizerischen Parteiensystems stützt sich auf den Vergleich über Zeiträume und über Länder hinweg. So werden Gemeinsamkeiten und Unterschiede des Schweizer Parteiensystems im internationalen Vergleich erkennbar. Der zeitliche Vergleich erlaubt, Stabilität und Wandel, Konvergenz und Divergenz zu erkennen. Der Vergleich zwischen Ländern ermöglicht die Unterscheidung von Strukturmerkmalen zu einem bestimmten Zeitpunkt. Aufgrund der Ähnlichkeiten und Interdependenzen der politischen und historischen Rahmenbedingungen liegt ein Vergleich der westeuropäischen Länder nahe. Soweit dies die Datengrundlagen gestatten, werden darüber hinaus auch alle etablierten Demokratien der OECD-Ländergruppe in dem Vergleich mit einbezogen. Der Vergleichszeitraum umfasst die Jahre von 1960 bis 1999. Diese Periode von vierzig Jahren ist hinreichend lange, um Strukturkonstanten und langfristige Veränderungen erkennen zu können. Soweit dies sinnvoll und möglich ist, folge ich einer einfachen und übersichtlichen Analysestrategie, wie sie jüngst Peter Mair verfolgt hat (Mair 2002). Dabei werden für jedes Land Dekadendurchschnitte der jeweiligen Variablen gebildet.

Die Datengrundlagen der Untersuchung bilden primär Ergebnisse nationaler Wahlen. Wahlstatistiken finden sich in Handbüchern wie beispielsweise im Kompendium von Mackie und Rose oder – als neuestem und herausragendem Produkt – in jenem von Caramani (Mackie und Rose 1991; Caramani 2000). Das

Bundesamt für Statistik hat in Zusammenarbeit mit dem Institut für Politikwissenschaft an der Universität Bern für westeuropäische Länder und für den Zeitraum 1971–1999 auf der Basis von amtlichen Publikationen einen Datensatz vorgelegt, der im Anhang zu dieser Studie abgedruckt ist (Anhang 3). Ferner bestehen Sammlungen der universitären Forschung, die über Datenarchive und Internet frei zugänglich gemacht werden. Ein Beispiel ist der Comparative Political Data Set (Armingeon, Beyeler et al. 2001). Der Vorteil der zuletzt genannten Quelle besteht in der freien Zugänglichkeit des Datensatzes auf dem Internet, dessen unmittelbaren Nutzbarkeit durch gängige Statistikprogramme sowie in der Zuordnung der einzelnen nationalen Parteien zu den bei Lane identifizierten internationalen Parteifamilien (Lane et al. 1997). Diese Datensammlung wurde zum Zweck der vorliegenden Analyse mit jener des Bundesamtes für Statistik ergänzt und für die Zusammenfassung von Stimmenanteilen der Parteienfamilien benutzt. Wahlergebnisse für eine Partei wurden nur berücksichtigt, wenn diese Partei mindestens einmal im Untersuchungszeitraum von 1960–1999 mindestens drei Prozent aller Stimmen erhielt. Aufgrund dieser Regel werden Parteien wie die Lega dei Ticinesi oder die Partei der Arbeit bei diesen vergleichenden Auswertungen auf der Basis des Comparative Political Data Set nicht berücksichtigt.<sup>2</sup>

---

<sup>2</sup> Dekadendurchschnitte wurden im Comparative Political Data Set wie folgt ermittelt: Bis zum Vorjahr des Wahljahres (t-1) wurden die Stimmenanteile der zuletzt durchgeführten Wahl (beispielsweise des Jahres t-4) als Jahresergebnis eingetragen. Ab dem Wahljahr t wurden jährlich die Wahlergebnisse von Jahr t bis einschliesslich zum Vorjahr der nächsten Wahl (die beispielsweise im Jahr t+4 stattfand) eingetragen. Diese Jahresergebnisse wurden über die Dekade gemittelt. Hatte z.B. die Partei A bei der Wahl 1988 einen Stimmenanteil von 40%, bei der folgenden Wahl von 1992 einen Anteil von 20% und bei der Wahl 1996 einen Anteil von 10%, so wurden für 1990 und 1991 jeweils 40%, für 1992–95 jeweils 20% und für 1996 bis Ende der Dekade jeweils 10% eingetragen; im Mittel ergibt dies für die Dekade 1990–99 20%. Bei der Berechnung der parteipolitischen Zusammensetzung der Regierung wurden die Anteile auf Tagesbasis mit dem Stichtag des Regierungsantritts berechnet und diese Jahreswerte über die Dekade gemittelt.

## 2 Zahl der Parteien

Neben den vier Bundesratsparteien – FDP, CVP, SPS und SVP – haben bei den Nationalratswahlen von 1999 zahlreiche andere Parteien auf nationaler Ebene ebenfalls namhafte Stimmenanteile erzielt. Dazu gehören beispielsweise die Grüne Partei (5,0%), die Liberale Partei (2,3%), die Evangelische Volkspartei (1,8%), die Partei der Arbeit (1,0%), die Schweizer Demokraten (1,8%) und die Freiheitspartei (0,9%). In der Schweiz gibt es offensichtlich viele Parteien. Freilich weisen auch die meisten kontinentaleuropäischen Länder eine grosse Zahl von solchen politischen Organisationen auf, während andere Nationen dem Idealtypus eines Zweiparteiensystems nahe kommen. Das beste Beispiel hierfür ist das neuseeländische Parteiensystem vor der Einführung des Proportionalwahlrechtes im Jahre 1995<sup>3</sup>. Die Parteiensysteme Kontinentaleuropas sind hingegen durch eine grosse Anzahl von Parteien geprägt. Die Schweiz ist ein Musterbeispiel eines solchen Mehrparteiensystems.

Will man die Zahl der schweizerischen Parteien international vergleichen, so stellt sich die Frage, welche Parteien mit welchen Gewichtungen gezählt werden sollen. Da es um den Vergleich nationaler Parteiensysteme geht, ist es zunächst sinnvoll, nur jene Parteien zu berücksichtigen, die sich um Sitze im nationalen Parlament bewerben. Organisationen, die dies nicht tun, werden mithin nicht gezählt. Darüber hinaus ist zu klären, wie die unterschiedlichen Wählerstimmenanteile gewichtet werden sollen. In der sozialwissenschaftlichen Forschung hat sich hierfür ein Verfahren bewährt, das auf einem von 0 bis 1 reichenden Index beruht. Ein Indexwert von nahe «1» bedeutet, dass das Parteiensystem aus sehr vielen, sehr kleinen Parteien besteht. Hingegen besagt ein Wert von «0», dass es nur eine Partei gibt, die 100% aller Stimmen auf sich zieht. Wenn es zwei Parteien gibt, die jeweils 50% der Stimmen erhalten, errechnet sich ein Wert von 0,5. Dieser Fragmentierungsindex (FI) berechnet sich nach der Formel:

$$FI = 1 - \sum_{i=1}^m t_i^2$$

wobei  $t_i$  der Stimmenanteil für die Partei  $i$  und  $m$  die Zahl der Parteien ist.

---

<sup>3</sup> Zu Unrecht wurde hingegen in Schulbüchern häufig Vereinigtes Königreich (GBR) als Zweiparteiensystem klassiert. Tatsächlich ist es in der Nachkriegszeit immer mindestens ein 2½-Parteiensystem gewesen, weil seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges sowohl im Zeitraum von 1964–66 als auch von 1974–2001 eine dritte Partei (die Liberalen oder links-liberale Parteien) Wählerstimmenanteile von über 10% erzielten.

Wahrscheinlichkeitstheoretisch lässt sich der Wert als die Wahrscheinlichkeit interpretieren, dass zwei zufällig ausgewählte Wähler für unterschiedliche Parteien gestimmt haben (Rae 1968). Laakso und Taagepera (1979) haben vorgeschlagen, diesen Index umzuformen. Dies macht ihn leichter als ein Indikator der effektiven Anzahl der Parteien (N) interpretierbar. Er berechnet sich als:  $N = 1/(1-FI)$ . Ein Land mit zwei gleich grossen Parteien hätte den N-Wert von 2; ein Land, das eine Partei mit 50%, eine mit 30% und eine mit 20% der Stimmen hätte, würde den FI-Wert von 0,62 und damit den N-Wert von 2,63 erzielen.

### 1\* Zahl der effektiven Parteien

Land	1960 – 1969	1970 – 1979	1980 – 1989	1990 – 1999	1960 – 1999
Australien	2,9	2,9	3,2	3,2	2,9
Belgien	4,1	6,5	9,5	9,6	7,2
Dänemark	4,0	5,5	4,8	4,8	5,0
Deutschland	3,3	2,9	3,8	3,8	3,3
Finnland	5,5	6,0	5,9	5,9	5,8
Frankreich	5,0	5,2	6,0	6,1	5,2
Griechenland		3,3	2,8	2,8	2,9
Irland	3,0	2,8	3,9	3,9	3,2
Island	3,6	3,8	4,5	4,4	4,1
Italien	4,0	3,8	6,7	6,8	4,8
Japan	2,7	3,7	4,3	4,3	3,5
Kanada	3,0	3,0	3,7	3,7	3,2
Luxemburg	3,4	3,9	4,7	4,7	4,0
Neuseeland	2,5	2,6	3,5	3,5	2,8
Niederlande	5,1	6,0	4,9	4,9	5,0
Norwegen	3,7	4,3	4,9	4,9	4,2
Österreich	2,4	2,3	3,4	3,5	2,7
Portugal		3,7	3,0	3,0	3,3
Schweden	3,3	3,5	4,1	4,2	3,6
Schweiz	5,2	5,9	7,1	7,0	6,1
Spanien		4,3	3,7	3,6	3,7
Vereinigtes Königreich (GBR)	2,4	2,8	3,1	3,1	2,8
Vereinigte Staaten (USA)	2,1	2,1	2,5	2,1	2,0
Mittelwert	3,6	4,0	4,5	4,5	4,0

Quelle: Armington, Beyeler et al. 2001

Texttabelle 1\* enthält die Ergebnisse der Berechnungen nach dieser Formel. Die Werte werden für jedes Land für die letzten vier Dekaden des 20. Jahrhunderts und als Mittelwert der Dekadenwerte ausgewiesen. Im Falle von Griechenland, Portugal und Spanien können diese Kennziffern aufgrund der Demokratisierung dieser Länder in den 70er Jahren erst ab dem Zeitpunkt freier Wahlen berechnet werden (1974, 1975 bzw. 1977). In der Schweiz gab es nach dieser Statistik in den 60er Jahren fünf effektive Parteien. Die Zahl stieg über sechs (70er Jahre) auf sieben Parteien (80er Jahre) und fiel erneut auf sechs in den 90er Jahren. Dies entsprach weitgehend dem Muster der OECD-Welt: Einem Anstieg der Zahl der Parteien bis in die 80er Jahre. Im Durchschnitt der OECD-Länder ist die Variation über die Zeit jedoch geringer als in der Schweiz (zwischen  $3\frac{1}{2}$  und  $4\frac{1}{2}$  Parteien). Ein Blick auf die Mittelwerte der Länder je Dekade zeigt ferner eine erstaunliche Beständigkeit: Die durchschnittliche Zahl der effektiven Parteien beträgt mit geringen Variationen etwa vier Organisationen. Die Vorstellung einer dramatischen Veränderung der westlichen Parteiensysteme in Bezug auf die Zahl der Parteien ist offensichtlich empirisch nicht gedeckt. Auch die grössere Variation in der Schweiz sollte nicht überbewertet werden. Belgien, Italien und die Niederlande weisen über die Zeit mindestens eine ähnlich starke Schwankung auf.

Beim Blick auf Texttabelle 1\* fällt eine zweite Dauerhaftigkeit auf: Die Rangreihe der Länder ändert sich ebenfalls nur geringfügig. Länder, die in den 60er Jahren viele Parteien hatten, gehören auch an der Jahrhundertwende zu den Nationen mit vielen Parteien. Es gibt nur eine nennenswerte Ausnahme: Belgien hatte noch in den 50er Jahren ein Drei-Parteiensystem. In der anschliessenden Dekade beträgt die Zahl der Parteien vier und dieser Wert schnell dann auf den Wert von neun bis zehn Parteien hinauf. Die Ursache dieser enormen Veränderung ist in der Regionalisierung des belgischen politischen Systems zu suchen, die zur Bildung von autonomen Regionalparteien – beispielsweise der Sozialdemokraten oder der Christdemokraten – geführt hat (Armingeon 1989: 343).

Beträchtliche Unterschiede zwischen den Ländern gibt es jedoch in einer anderen Hinsicht: Das Ausmass der Parteienfraktionierung variiert stark. Die Vereinigten Staaten (USA), Österreich, Vereinigtes Königreich (GBR), Griechenland und Australien sind Länder mit  $2\frac{1}{2}$  bis 3 Parteien. Hingegen finden sich in Dänemark, den Niederlanden, in Frankreich, Finnland, in der Schweiz und in Belgien im Durchschnitt fünf bis sechs Parteien. Im langfristigen Vergleich wird die Fragmentierung des schweizerischen Parteiensystems nur von jener Belgiens übertroffen. Die Schweiz gehört somit zur Gruppe der Länder mit stark fragmentierten Parteiensystemen. Sie ist jedoch keineswegs das einzige Parteiensystem in demokratischen Ländern mit einer grossen Anzahl von

Parteien. Wie kann man diese relative Stabilität der Zahl der Parteien erklären? Weshalb unterscheidet sich beispielsweise die Zahl der schweizerischen Parteien im ganzen Untersuchungszeitraum so deutlich von jener in den Nachbarländern Österreich oder Deutschland?

Auf diese Frage gibt es eine berühmte Antwort, die vom französischen Politikwissenschaftler Maurice Duverger gegeben wurde: Die Struktur eines Parteiensystems und die Anzahl seiner Parteien seien wesentlich durch das Wahlrecht bedingt:

- « 1. Die Verhältniswahl führt zu einem Vielparteiensystem mit starren, unabhängigen und stabilen Parteien...
2. Die Mehrheitswahl mit Stichwahl führt zu Vielparteiensystemen mit elastischen, abhängigen und verhältnismässig stabilen Parteien...
3. Die einfache Mehrheitswahl führt zu einem Zweiparteiensystem mit sich abwechselnden grossen und unabhängigen Parteien» (Duverger 1959: 219).

Diese «Gesetze» zogen freilich viel Kritik auf sich. Dabei wird gar nicht in Abrede gestellt, dass die Wahlregeln einen Einfluss haben. Aber ebenso offensichtlich ist aufgrund der theoretischen und empirischen Forschung, dass der Einfluss der Wahlregeln kontextabhängig ist und dass es noch weitere wichtige, nicht-institutionelle Bestimmungsfaktoren gibt (Nohlen 2000; Ware 1996: 192). Schliesslich passt zwar die Schweiz, geht man von Duvergers Gesetz aus, gut zu dieser Erklärung, aber Vereinigtes Königreich (GBR) hätte «zu viele» und Österreich «zu wenige» Parteien. Neben institutionellen Erklärungsfaktoren wurden deshalb in der Parteienforschung auch sozio-ökonomische und kulturelle Erklärungen entwickelt. Sie werden im folgenden Abschnitt behandelt.

### 3 Parteifamilien und Konfliktlinien

Eine zweite Erklärung für die unterschiedlich grosse Zahl von Parteien geht von den sozio-kulturellen Gruppierungen eines Landes aus. Parteien vertreten diese Gruppierungen und je mehr es davon gibt, desto grösser muss die Zahl der Parteien sein. Auf die Schweiz bezogen könnte dies heissen, die Schweizerische Volkspartei sei traditionell die Partei der protestantischen Bauern und Mittelschichten, der Freisinn repräsentiere das Bürgertum, die christlichdemokratische Partei sei Sprecherin der katholischen Bevölkerungskreise und die Sozialdemokratie vertrete in politischer Hinsicht die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Länder, in denen es keinen Konflikt zwischen Stadt und Land oder zwischen den Konfessionen gibt, müssten entsprechend weniger Parteien aufweisen. Dieser Erklärung zufolge habe die Schweiz deshalb so zahlreiche Parteien, weil es sich um eine sozio-kulturell heterogene Gesellschaft handle.

Ein anspruchsvoller Versuch, die Parteien Westeuropas in Bezug auf zugrunde liegende sozio-kulturelle Spaltungen der Gesellschaften in Familien zu ordnen, wurde von Stein Rokkan und Seymour Martin Lipset unternommen (Lipset und Rokkan 1967). Die Autoren argumentierten, in Westeuropa hätten sich zwei grosse Revolutionen – die nationale und die industrielle – vollzogen, in deren Verlauf vier gesellschaftliche Konflikte entstanden seien. Diese Konflikte seien von politischen Parteien bearbeitet worden. Parteien hätten sich als Vertreter von mindestens einem dieser gesellschaftlichen Konflikte verstanden und wären mit der entsprechenden Bevölkerungsgruppe und deren Interessenorganisationen eine zeitlich stabile Koalition eingegangen. Je nach Auftreten eines dieser Modernisierungskonflikte und dessen Organisation durch eine bereits bestehende oder eine neu gegründete Partei hätten sich die westeuropäischen Parteiensysteme bis in die Zwischenkriegszeit ausgebildet. Seither wäre das westeuropäische Parteiensystem «eingefroren», schrieben die Autoren Mitte der 60er Jahre. Die Wurzeln dieser Parteiensysteme gingen somit teilweise historisch weit vor den Zeitpunkt der Einführung der Demokratie zurück.

Die These von Rokkan und Lipset wurde in der Parteienforschung intensiv diskutiert. Sie gilt mittlerweile aus vielen Gründen als verkürzt. Einer dieser Gründe ist die Beschränkung auf vier zentrale gesellschaftliche Konflikte: jenem zwischen Zentrum und Peripherie, zwischen Staat und Kirche, zwischen Stadt und Land und zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum. Nicht jeder der gegenwärtig politisch organisierten Konflikte, beispielsweise jener zwischen Ökonomie und Ökologie, lässt sich jedoch umstandslos auf diese vier Grundkonflikte zurückführen. Es ist deshalb angemessener, von einer grösseren Anzahl von

## 2\* Schema der Ausdifferenzierung politischer Parteien in Westeuropa aufgrund gesellschaftlich-politischer Konflikte

---

1. **Liberalismus gegen das alte Regime der Konservativen gerichtet**
  2. **Konservative gegen die Liberalen**
    - Schweiz:* Freisinn vs. Katholisch-Konservative (1830 – 1874)
    - Frankreich:* Liberale, Doctrinaires vs. Ultra-Royalisten (1814 – 1830)
    - Deutschland:* Liberale vs. Anhänger des monarchischen Prinzips (1815 – 1848)
  3. **Arbeiterparteien gegen das bürgerliche System**
    - Schweiz:* Grütliverein (1838), Schweizerischer Arbeiterbund (1873), Sozialdemokratische Partei (1888)
    - Deutschland:* Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein/Sozialdemokratische Arbeiterpartei (1863 / 1869)
  4. **Agrarparteien gegen das industrielle System**
    - Schweiz:* Bernische Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (1971 mit einigen kantonalen Parteien der Demokraten zur Schweizerische Volkspartei fusioniert)
    - Schweden:* Agrar- (später: Zentrums-) Partei
  5. **Regionale Parteien gegen das zentralistische System**
    - Schweiz:* Lega dei Ticinesi
    - Italien:* Lega Nord
    - Deutschland:* Bayernpartei
  6. **Christliche Parteien gegen das laizistische System**
    - Schweiz:* Konservative Volkspartei (1912), seit 1970 Christlichdemokratische Volkspartei
    - Deutschland:* Zentrum (seit 1871) und später Christlich-Demokratische Union
    - Italien:* Partito Popolare (1919), Democrazia Cristiana
  7. **Kommunistische Parteien gegen den «Sozialdemokratismus»**
    - Schweiz:* Kommunistische Partei der Schweiz (1921), seit 1944 Partei der Arbeit
    - Deutschland:* Kommunistische Partei Deutschlands
  8. **Faschistische Parteien gegen demokratische Systeme**
    - Schweiz:* Nationale Front (1930)
    - Deutschland:* Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
    - Italien:* Fasci di Combattimento (1919), später Partito Nazionale Fascista
    - Neofaschisten:** Schweiz (fehlt), Italien (MSI), Deutschland (NPD)
  9. **Rechtspopulismus gegen das bürokratisch-wohlfahrtsstaatliche System**
    - Schweiz:* Lega dei Ticinesi / Freiheitspartei
    - Italien:* Lega Nord
    - Österreich:* Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)
    - Deutschland:* Republikaner
  10. **Ökologische Bewegung gegen die Wachstumsgesellschaft**
    - Schweiz, Deutschland, Frankreich, Österreich u.a.* Grüne Partei
- 

Quelle: von Beyme 2000: 70 sowie eigene Ergänzungen

Konflikten und mithin von einer grösseren Zahl von Parteifamilien auszugehen. Klaus von Beyme hat ein nützliches Schema der Ausdifferenzierungen von Parteien in westlichen Demokratien aufgestellt, das zehn verschiedene Parteifamilien unterscheidet und dabei von zugrunde liegenden grossen politischen Streitfragen bzw. Konfliktlinien ausgeht (von Beyme 2000: 70). Eine um weitere Beispiele ergänzte Version dieses Schemas bietet Texttabelle 2\*. Dieser ist auch zu entnehmen, dass diese Klassifizierungen von Beyme nicht ausschliesslich sind: Die Lega dei Ticinesi ist beispielsweise sowohl eine regionale als auch eine rechtspopulistische Partei; die österreichische FPÖ entsprach lange Zeit dem Typus einer rechtsliberalen Partei und nahm in den 90er Jahren auch zunehmend rechtspopulistische Züge an.

Diese Übersicht macht deutlich, dass das Schweizer Parteiensystem mit seinen zahlreichen Parteien kein System sui generis oder Sonderfall ist. Die Schweiz ist lediglich in der Hinsicht ein Extremfall, als dass es fast keinen Konflikt europäischer Gesellschaften gab, der nicht auch in der Schweiz aufgetreten und parteiförmig gefasst wurde. Insofern ist das Schweizer Parteiensystem besonders nahe dem Idealtypus eines europäischen Parteiensystems.

Dieser Befund wird auch durch eine andere Analyse gestützt. Arend Lijphart hat die dauerhaften Streitfragen in den politischen Systemen westlichen Länder gezählt und dabei eine Abstufung nach grosser (G) und mittlerer (M) Bedeutung vorgenommen (Lijphart 1999: 78-87).

Texttabelle 3\* ist zu entnehmen, dass in der Schweiz – aber nicht nur dort – relative viele politische Konflikte bestehen. Und dort, wo viele politische Streitfragen kontrovers diskutiert werden, können auch relativ viele politische Parteien entstehen, die sich als Interessenvertreterinnen in einem oder mehreren dieser Konflikte ausgeben können. Lijphart fasst diesen Zusammenhang in der Faustregel zusammen, die Zahl der relevanten Parteien sei gleich der Anzahl der Konflikte plus eins. Aus der Perspektive des internationalen Vergleichs würden wir mithin in der Schweiz fünf relevante Parteien vermuten. Auch dieses Ergebnis deutet darauf hin, dass das Schweizer Parteiensystem kein Sonderfall darstellt, sondern typisch für eine Ländergruppe ist, in der zahlreiche gesellschaftliche Konflikte bestehen und demokratisch bearbeitet werden.

### 3\* Politische Konfliktlinien in 23 Demokratien

Land	Sozio- ökono- misch	Religiös	Kultu- rell – ethnisch	Stadt – Land	System- unter- stützung	Aussen- politik	Post- materia- lismus	Anzahl Themen
Australien	G			M				1.5
Belgien	G	G	G					3.0
Dänemark	G	M		M		M		2.5
Deutschland	G	G	M				M	3.0
Finnland	G	M	G	M	M			3.5
Frankreich	G	M			M	M		2.5
Griechenland	G				M			1.5
Irland	G					M		1.5
Island	G			M		M		2.0
Italien	G	G			M	M		3.0
Japan	G	M			M	M		2.5
Kanada	M		G					1.5
Luxemburg	G	G						2.0
Neuseeland	G							1.0
Niederlande	G	G					G	3.0
Norwegen	G	G		M			M	3.0
Österreich	G	M						1.5
Portugal	G	M			M	M		2.5
Schweden	G	M		M			M	2.5
Schweiz	G	M	M	M		G	M	4.0
Spanien	G	M	G					2.5
Vereinigtes Königreich (GBR)	G					M		1.5
Vereinigte Staaten (USA)	M		M					1.0

G: grosse Konflikte

M: Mittlere Konflikte

Quelle: Lijphart 1999: 80 f., mit Ergänzungen für die Schweiz

## 4 Ideologien und Programmatik

Schweizer Politiker haben zuweilen vermutet, in der Eidgenossenschaft bestünden bessere Chancen auf pointierte programmatische Differenzen zwischen den Parteien, weil die grössere Zahl der Parteien es verhindere, dass sich Parteien angleichen, weil Stimmen nur noch in der Mitte, beim sogenannten Medianwähler, zu gewinnen seien. Andere haben die Überlegung angestellt, eine «*classe politique*» vertrete Ziele und Überzeugungen, die nicht mehr für die Bürgerinnen und Bürger repräsentativ seien. Und schliesslich wird häufig vermutet, das «Zeitalter der Ideologien» sei spätestens mit dem Zusammenbruch des osteuropäischen Staatssozialismus vorbei und Parteien seien zu Stimmensammlermaschinen geworden, zwischen denen keine substanziellen programmatischen Unterschiede mehr bestünden. Was ist davon auf der Basis eines internationalen Vergleichs von quantifizierbaren Indikatoren zu halten?

Zunächst ist festzuhalten, dass sich in der Tat nicht mehr die scharfen programmatischen Differenzen finden lassen, die für die westlichen Parteiensysteme in der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg typisch waren. Einige Autoren vermuten eine fortschreitende programmatische Konvergenz westlicher Parteien in den letzten vier Dekaden, die bis zur programmatischen Angleichung gehe (Thomas 1976, 1980). Dies ist freilich eine Meinung einer Minderheit. Die Mehrheit der Parteienforscher sehen nach wie vor deutliche Differenzen der Parteiprogramme. Sie können sich dabei auf vergleichende Experteneinschätzungen stützen. Eine dieser Erhebungen ist für die vorliegende Studie deshalb besonders wichtig, weil auch das Schweizer Parteiensystem darin einbezogen wurde.

Diese Erhebung von Huber und Ingelhart wurde 1993 durchgeführt (Huber und Ingelhart 1995). Experten in den einzelnen Ländern wurden gebeten, die Parteien ihres Landes auf einer Links-Rechts-Skala von 1 bis 10 zu verorten. In Texttabelle 4\* finden sich die Werte für die wichtigste Linkspartei und die stärkste Mitte-, Mitte-rechts oder Rechtspartei. Die Spalte «Differenz» informiert über den Abstand der jeweiligen zwei Parteien auf der Skala. Es wird deutlich, dass die grossen Parteien der westlichen Demokratien sich immer noch in ihren grossen Zielen stark voneinander unterscheiden. Dies gilt auch für die Schweiz, die in dieser Hinsicht einen überdurchschnittlichen, aber keinen Extremwert erzielt. Wenig Belege findet hingegen die Vermutung, in der Schweiz wären pointierte parteipolitische Positionen erfolgreicher, weil die grosse Zahl der Parteien und die gut abgegrenzten gesellschaftlich-regionalen Gruppierungen, auf die sich diese Organisationen stützen, nicht den Zwang zur Mitte ausüben, wie dies in anderen Ländern der Fall sei.

**4\* Politisch-ideologische Unterschiede zwischen der wichtigsten Linkspartei und der stärksten Mitte-, Mitte-rechts- oder Rechtspartei, 1993**

Land	Differenz	Links	Rechts	Name der Parteien
Australien	2.38	4.75	7.13	Australian Labour Party / Liberal Party
Belgien	1.76	4.10	5.86	Sozialistische Partei / Christliche Volkspartei, Christlich-soziale Partei
Dänemark	2.34	5.22	7.56	Sozialdemokratie / Konservative Volkspartei
Deutschland	2.59	3.83	6.42	Sozialdemokratie / Christlich-demokratische Union
Finnland	3.00	4.38	7.38	Sozialdemokratie / Nationale Koalition
Irland	1.70	4.10	5.80	Labour / Fianna Fail
Italien	3.83	2.50	6.33	Demokratische Linke / Christdemokratie
Japan	4.64	3.79	8.43	Sozialistische Partei / Liberaldemokratische Partei
Kanada	2.20	5.10	7.30	Liberal Party / Progressive Conservative Party
Neuseeland	3.80	3.50	7.30	Labour Party / National Party
Niederlande	2.10	4.20	6.30	Partei der Arbeit / Christdemokraten
Norwegen	3.87	4.13	8.00	Arbeiterpartei / Konservative Partei (Høyre)
Österreich	1.50	4.75	6.25	Sozialdemokratische Partei / Volkspartei
Portugal	1.50	4.88	6.38	Sozialistische Partei / Sozialdemokratische Partei
Schweden	4.25	4.08	8.33	Sozialdemokratie / Konservative
Schweiz	3.40	2.60	6.00	Sozialdemokratie / Freisinn
Spanien	3.50	4.00	7.50	Sozialistische Arbeiterpartei / Volkspartei
Vereinigtes Königreich (GBR)	3.28	4.43	7.71	Labour / Conservative Party
Vereinigte Staaten	2.70	4.15	6.85	Demokraten / Republikaner
Mittelwert	2.86	4.13	6.99	

Skala 1 bis 10

Links: Mittelwerte der Expertenratings für die politisch-ideologische Positionierung der Linksparteien.

Rechts: Mittelwerte der Expertenratings für die politisch-ideologische Positionierung der Mitte-, Mitte-rechts- oder Rechtsparteien.

Differenz: Unterschied zwischen den beiden Mittelwerten.

Berechnet aus Huber und Inglehart (1995)

Die Daten von Texttabelle 4\* passen auch schlecht zur Behauptung, in modernen Demokratien hätten sich Volksparteien ohne deutliche programmatische Unterschiede herausgebildet. Selbst so turbulente Veränderungen wie im Italien der 1990er Jahre haben nicht die Entwicklung zur Volkspartei beschleunigt. Vielmehr repräsentieren auch die neuen Parteien Italiens die alten Konfliktlinien, insbesondere den Konflikt zwischen dem Norden und dem Süden und den Konflikt zwischen Katholizismus und Laizismus (Sommer 2002). Weiter wurde jüngst argumentiert, aus diesen Volksparteien seien inzwischen Kartellparteien geworden (Katz und Mair 1995). Darunter versteht man ein Kartell von politischen Parteien, die ihre Funktion als politische Interessenvertreter sozialer Gruppen weitgehend verloren haben. Die zunehmende staatliche Subventionierung habe zu einer Unabhängigkeit von Mitgliederbeiträgen geführt. Diese Unabhängigkeit sei notwendig geworden, weil die Mitgliederzahlen von Parteien sinke und die Mitglieder immer weniger bereit seien, Zeit und Geld für Parteiarbeit zu opfern. Zugleich seien die Kosten der Wahlkämpfe und der professionalisierten Parteiapparate und der zurarbeitenden Werbeagenturen und Berater so gestiegen, dass die notwendigen Mittel nicht mehr über Beiträge von Individuen und Organisationen zu decken seien. Eine Folge der staatlichen Subventionierung sei ein gemeinsames organisatorisches Interesse aller Parteien gegenüber dem Staat. Zusammen mit schwächer gewordenen ideologischen Differenzen führe dies zu einem informellen Zusammenschluss der Parteien in einem quasi-öffentlichen Kartell, das mit Hilfe staatlicher Ressourcen eine Vermittlungsleistung zwischen Staat und Bürger erfülle.

Die Einordnung der Schweiz in diese umstrittene Typologie fällt schwer. Zum einen fehlt faktisch die staatliche Subventionierung (Drysch 1998). Insofern sind Schweizer Parteien weit vom staatlich alimentierten Kartell entfernt. Zum anderen stellt jedoch die Konkordanz und die Zusammenarbeit der vier grossen Parteien im Bundesrat in einem engeren Sinne ein Kartell dar: Seit der Einführung der «Zauberformel» (1959) haben Wahlergebnisse nicht zu einer veränderten parteipolitischen Zusammensetzung der Landesregierung geführt (Armingeon 1999: 465 und besonders 473). Freilich hätte dann die Schweiz seit spätestens den frühen 60er Jahren eine Kartellpartei, während Katz und Mair das Auftreten dieses Typus erst mit den 70er Jahren ansetzen.

Die These der Entwicklung zu Volksparteien («Catch-All-Parties») und zu Kartellparteien ist nicht nur für die Schweiz überzogen, weil die programmatischen Positionen der Parteien noch immer gut zu unterscheiden sind und weil sich die sozio-kulturellen Profile der Wählerschaften noch immer nicht decken. Immerhin ist ein Kernelement der Theorie der Entwicklung zu Volksparteien unbestritten. Dabei handelt es sich darum, dass moderne Parteien ihre Wähler-

schaft weit ausserhalb ihrer früheren Klientel suchen: So sind beispielsweise sozialdemokratische Parteien längst nicht mehr auf die Arbeiterschaft beschränkt und frühere Bauernparteien haben sich neue Wählerschichten erobert. Ein gutes Beispiel ist die Schweizerische Volkspartei, die als Partei der protestantischen Bauern und Gewerbetreibenden begann (Junker 1968). Bei der letzten eidgenössischen Wahl rekrutierte die SVP jedoch die Mehrheit der Wählenden nicht aus dem Kreis der Bauern und der Katholikenanteil unter den Wählern hat sich dem Katholikenanteil der gesamten Wählerschaft angeglichen (Hirter 2000). Dieser soziostrukturelle Umbau der Wählerschaften ist für Parteien wie ehemalige Arbeiter- oder Bauernparteien eine Überlebensnotwendigkeit, weil weder die Landwirte noch die (stimmberechtigten) manuell tätigen Arbeitnehmer ein ausreichend grosses Reservoir bilden, um die Stimmenanteile der Vergangenheit zu erhalten oder gar auszubauen. Ähnliches gilt für die christdemokratischen Parteien, namentlich in der Schweiz, deren Stammwählerschaft der kirchengebundenen Katholiken sich im Säkularisierungsprozess verkleinert. Die dadurch entstehenden Stimmenverluste können kompensiert werden, indem man von Wahl zu Wahl versucht, Wechselwähler zu gewinnen. Die Alternative zum Ersatz der alten und verloren gegangenen «Stammkundschaft» durch die «Laufkundschaft» besteht in der dauerhaften Anbindung von Gesellschaftssegmenten, die zuvor kaum für diese Partei votiert haben.

Die These der Kartellparteien enthält jedoch auch wichtige und unbestrittene Elemente. Dazu gehören die beträchtliche Rolle des Staates bei der Unterstützung von politischen Parteien, die Orientierung der Parteien auf die Massenmedien und – damit verbunden – der Ausbau professioneller Beraterstäbe für Öffentlichkeitskampagnen, sowie die nachlassende Bedeutung der aktiven Parteimitgliedschaft in den Gemeinden.

Was ist schliesslich von einer anderen, populären Überlegung zu halten, derzufolge eine «classe politique» programmatische Auseinandersetzungen inszenierten, die von den Bürgern und Bürgerinnen verständnislos verfolgt würden und die keinen Rückhalt mehr unter den Wählenden fänden?

Dagegen sprechen Befunde der empirischen Forschung. Anders Widfeldt wertete für verschiedene Länder Umfragen aus, in denen Parteimitglieder und Parteianhänger gebeten wurden sich auf eine Skala einzustufen, bei der «1» ganz links und «10» ganz rechts bedeutet (Widfeldt 1995). Wenn die Vorstellung von nicht-repräsentativen Parteien zutreffen würde, wären erhebliche Differenzen zwischen der ideologischen Verortung von Mitgliedern und Anhängern zu erwarten. Diese Untersuchung wurde auch für die Schweiz auf der Basis der Befragung aus Anlass der Eidgenössischen Wahlen 1995 repliziert (Selects-Umfrage).

Der Befund ist eindeutig: Entgegen mancher Verlautbarung in den Massenmedien sind Parteien in der Schweiz ebenso wie in den restlichen westlichen Demokratien sehr repräsentativ für ihre Anhängerschaft. Die Vorstellung einer Abkopplung der Parteien von ihren Anhängern kann empirisch nicht gestützt werden.

### 5\* Die Repräsentativität politischer Parteien

Land	Partei	Mitglieder	N	Anhänger	N
Schweiz	Christlichdemokratische Volkspartei / Christlichsoziale Partei	6.1	228	6.0	263
	Freisinnig-demokratische Partei	6.6	312	6.3	459
	Schweizerische Volkspartei	6.7	115	6.6	237
	Sozialdemokratische Partei	3.3	125	3.6	814
Frankreich	Kommunistische Partei	1.9	47	2.4	168
	Sozialistische Partei	2.6	43	3.3	1'063
	Republikaner (RPR)	8.0	31	7.6	440
Italien <sup>1</sup>	Kommunistische Partei	1.8	116	2.3	541
	Sozialistische Partei	3.5	47	3.9	383
	Christdemokraten	5.9	119	5.9	800
Deutschland	SPD	3.5	109	4.1	995
	CDU/CSU	7.5	109	7.0	933
Niederlande	Partei der Arbeit	2.9	86	3.6	967
	Christdemokraten	7.0	107	6.6	886
	Liberale	7.2	31	6.9	445

Mittelwerte der Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Skala

<sup>1</sup> Die Umfragen, auf denen diese Berechnungen basieren wurden 1986, also lange vor dem Umbruch des italienischen Parteiensystems durchgeführt. Neuere Analysen lassen jedoch vermuten, dass die Veränderungen der Koalitionen zwischen sozio-kulturellen Bevölkerungsgruppen und Parteienfamilien weit weniger dramatisch waren als die Veränderungen der Parteien innerhalb der einzelnen Parteienfamilien (Sommer 2002).

Quelle: Re-Analyse der Selects 95-Befragung und Widfeldt 1995: 168 f.

## 5 Links- und rechtsextremistische Parteien

Im Untersuchungszeitraum dieser Studie von 1960 bis 1999 gab es in der Schweiz keine starke linksextremistische Partei. In Westeuropa entschieden sich hingegen bei Wahlen zwischen sieben und neun Prozent aller Wählenden für Parteien, die eine kommunistische Programmatik vertraten oder die sich zumindest eindeutig links von der Sozialdemokratie positionierten (Anhangtabelle T1.4). Insbesondere in Frankreich, Italien und Finnland, sowie in Spanien und Portugal waren oder sind die Stimmenanteile der extremen Linken hoch. Die durchschnittlichen Stimmenanteile der kommunistischen Partei der Arbeit oder der POCH waren davon weit entfernt. Auch auf dem rechten Extrem des politischen Spektrums weist die Schweiz einen unterdurchschnittlichen Wert auf. Dieser ist schwierig zu quantifizieren, weil die Kategorisierung der rechtsextremistischen Parteien problematisch ist, da sich fast keine dieser Organisationen als extremistisch ausweist. Unter einer rechtsextremistischen Partei wird in der politikwissenschaftlichen Forschung in der Regel eine Partei verstanden, welche die Spielregeln der Demokratie nicht akzeptiert und welche die eigene Nation oder Ethnie im Vergleich mit anderen als höherwertig einstuft (vgl. Betz 1996; Gabriel 1996). Beispiele solcher Parteien sind der «Flämische Block» in Belgien (der von Lane, McKay und Newton 1997 als ethnische Partei klassiert wurde), die italienischen Neofaschisten, die deutschen Republikaner oder die französische nationale Front. Die Schweiz hat keine vergleichbaren rechtsextremen Parteien. Selbst eine Partei nahe des Grenzbereiches zwischen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus, wie die Freiheitliche Partei Österreichs in den 90er Jahren, findet sich in der Schweiz nicht. Einzelne Sektionen der Schweizerischen Volkspartei und die Freiheitspartei bzw. die Schweizer Demokraten könnten zuweilen für eine solche Klassierung in Frage kommen; sie sind freilich aufgrund ihrer eindeutigen Identifikation mit den demokratischen Spielregeln ohne Frage vom Rechtsextremismus ziemlich weit entfernt.

Wie kann dieses Fehlen eines starken Links- und Rechtsextremismus in der Schweiz im internationalen Vergleich erklärt werden? Der Schlüssel hierzu kann in Aspekten gesucht werden, die in der Theorie von Lipset und Rokkan weitgehend ausgeblendet worden sind: Die Institutionen der politischen Beteiligung und die Strategie des Staates und der herrschenden Eliten gegenüber der Arbeiterbewegung.

Als die Arbeiterbewegung in Europa vor etwa hundert Jahren politische Organisationen ausbildete, hatten die herrschenden Eliten zwischen zwei Strategien zu wählen: Ausgrenzung oder Inklusion. Diese Entscheidung wurde im Zeitraum bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges in einem oft nicht geradlinigen

und teilweise gewaltsamen Prozess gefällt. Dort wo für die Ausgrenzung optiert wurde – also insbesondere in Italien und Frankreich – konnte sich eine starke kommunistische Partei etablieren. Wenn die Entscheidung zugunsten der Inklusion fiel, waren die Chancen für einen organisierten Linksextremismus schlechter und eine gemässigte Sozialdemokratie konnte sich als Vertreterin der Interessen der Arbeiterschaft eine zentrale Rolle im politischen System sichern. Bekanntlich hat die Schweiz seit den 30er Jahren den Weg der Inklusion beschritten, indem der Sozialdemokratie Partizipationsmöglichkeiten im politischen System als Juniorpartner eröffnet wurden: Zunächst auf der Ebene der Regierungen in den stark industrialisierten Kantonen, dann im Rahmen der Sozialpartnerschaft nach dem erstmaligen Abschluss des Friedensabkommens zwischen Gewerkschaften und Patrons von 1937 und schliesslich in der seit 1959 auf Dauer gestellten Beteiligung der Sozialdemokratie in der Regierung des Bundes, deren inhaltliche Entsprechung der Auf- und Ausbau des Sozialstaates und die korporatistische Organisation von Staat und Wirtschaft waren. Ferner waren mit den Volksrechten Beteiligungschancen für die Linke vorhanden, die es in diesem Ausmass in anderen Ländern nicht gegeben hat.

Das Fehlen eines starken Rechtsextremismus in der Eidgenossenschaft kann schlecht mit einem fehlenden rechtsextremen Potential in der Bevölkerung erklärt werden. Im internationalen Vergleich weisen die Schweizerinnen und Schweizer keine aktivere Unterstützung für die Demokratie auf, als die Bevölkerungen der anderen westlichen Demokratien. Die politische Beteiligung und das politische Interesse in der Schweiz ist eher unterdurchschnittlich. Xenophobie, die eine wichtige Voraussetzung für die Entstehung und Stabilisierung rechtsextremer Organisationen darstellt, ist auch in der Schweiz verbreitet. In Bezug auf die Ausländerfeindlichkeit unterscheiden sich die entsprechenden Werte der Schweiz nicht so sehr von jenen anderer westlicher Demokratien. Obwohl somit viele einstellungsmässige Voraussetzungen des organisierten Rechtsextremismus gegeben sind, kam es in der Schweiz nicht zu einer dauerhaften rechtsextremen Partei, während es politischen Unternehmern in anderen Ländern gelang, dieses Potential für die Unterstützung von entsprechenden Parteien zu mobilisieren. Ein wichtiger Grund für das «Verpuffen» dieses rechtsextremen Potentials könnten die Institutionen der direkten Demokratie darstellen (Armingeon 1995; Kriesi und Wisler 1996; Kriesi 1999). In repräsentativen Demokratien werden die Ängste und die Wut, die dem Rechtsextremismus zugrundeliegen, von den entsprechenden Parteien programmatisch gebündelt und die Wahl dieser Partei stellt die nahezu einzige Chance der betroffenen Bürgerinnen und Bürger dar, sich politisch zu äussern. Ganz anders in einer direkten Demokratie: Dort besteht die Möglichkeit, bei bestimmten Volksabstimmungen

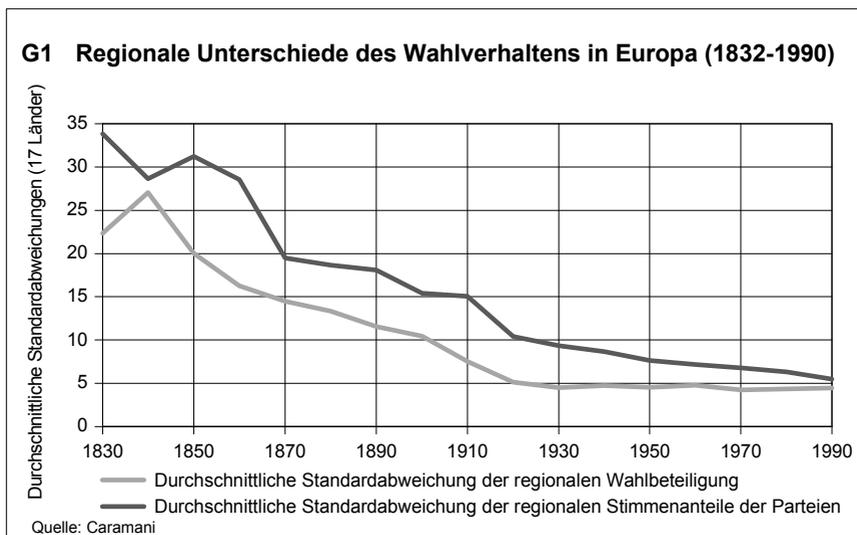
zu einzelnen Fragen Unmut zu äussern. Ein gutes Beispiel sind Ausländerinitiativen und -referenden. Nachdem sich die Stimmenden solchermaßen im Zusammenhang einer isolierten Sachfrage wirksam artikulieren konnten, ist dieser Unmut nicht mehr oder nicht mehr so leicht wie in anderen Ländern für die Unterstützung einer Partei mit umfassender rechtsextremer Programmatik instrumentalisierbar. Diese institutionelle Erklärung des Fehlens rechtsextremer Parteien in der Schweiz ist freilich nicht ausschliesslich. Wichtig sind sicherlich auch noch die vergleichsweise krisenfreie Entwicklung der Schweizer Wirtschaft in der Nachkriegszeit, welche die Schweiz vor Herausforderungen bewahrte, die andere Länder zu bewältigen hatten. Und wichtig könnte auch sein, dass es in der Schweiz gleich drei etablierte Mitte-Rechts-Parteien gibt, die das rechtsextreme Potential im Rahmen des demokratischen Systems einbinden können. In anderen Ländern gibt es häufig nur eine angesehene demokratische Partei auf der rechten Seite des politischen Spektrums; rechtsextrem eingestellte Bürgerinnen und Bürger haben in diesen Nationen weniger Auswahlmöglichkeiten.

## 6 Die Nationalisierung des Parteiensystems

Eine vermeintliche Besonderheit des schweizerischen politischen Systems ist das Fehlen eines nationalen Parteiensystems; Parteien seien kantonal organisiert und nur relativ locker auf nationaler Ebene zusammengeschlossen. Folgt man diesem Argument, so ist die Schweiz einzigartig, weil die Nationalisierung des Parteiensystems nicht oder nur sehr schwach stattgefunden hat.

Unter der Nationalisierung des Parteiensystems versteht man die Angleichung des Wahlkampfes und des Wahlverhaltens in den einzelnen Regionen eines politischen Systems. Das Ausmass der Nationalisierung lässt sich mit Aggregatdaten – über die Zahl der Parteien in den einzelnen Regionen und die regionalen Wahlergebnisse – beantworten. Eine zweite Strategie besteht in der Analyse des individuellen Wahlverhaltens, die auf Umfragedaten beruht.

Daniele Caramani hat das bislang umfangreichste Datenhandbuch zu Wahlen in 18 westeuropäischen Ländern unter Berücksichtigung der regionalen Wahlergebnisse erstellt (Caramani 2000). Er berechnet unter anderem drei Indikatoren: den durchschnittlichen Anteil von Regionen (Wahlkreisen), in denen eine Partei an Wahlen teilnimmt; die Abweichung der regionalen Wahlergebnisse der Parteien vom nationalen Wahlergebnis (gemessen als Standardabweichung) sowie die Abweichung der regionalen Wahlbeteiligung von der nationalen Wahlbeteiligung.



Ein erster wichtiger Befund seiner Analyse ist die Homogenisierung des Wahlverhaltens in Europa. Dieser Angleichungsprozess verlief bis zur Zwischenkriegszeit rapide und verlangsamte sich dann (siehe Grafik G1).

Die Schweiz entspricht diesem Insgesamt-Befund mit drei wichtigen Ausnahmen:

1. Das Wahlverhalten hat sich bis 1872 regional auseinander entwickelt, erst dann beginnt die Homogenisierung
2. Die Homogenisierung verlief ab diesem Zeitpunkt kontinuierlicher als in der Gesamtheit der Länder
3. Unabhängig vom berechneten Indikator gehört die Schweiz zu den Ländern, die in den 1990er Jahren den geringsten Grad der Nationalisierung des Wahlverhaltens erreicht haben.

Dieser Befund der vergleichsweise schwach ausgeprägten Nationalisierung kann jedoch noch keinen schweizerischen Sonderfall begründen, da es noch eine Reihe anderer Länder gibt, in denen der Grad der Nationalisierung des Parteiensystems gering ist. In Bezug auf die Variationen der Wahlergebnisse ist dies Belgien (für die Periode 1943–1995), in Bezug auf die regionale Präsenz von Parteien ist dies Spanien (für die Periode 1918–1995) und in Bezug auf die Wahlbeteiligung kommt Finnland der Schweiz sehr nahe (Caramani 2000: 74–80).

Caramani gibt zwei Bedingungen für einen geringen Grad der Nationalisierung des Wahlverhaltens an: Kulturelle Heterogenität und Zeitpunkt der Industrialisierung. Die kulturelle Heterogenität eines Landes drücke sich auch in unterschiedlichen kulturellen Regionen (Sprachen, Konfessionen) aus, die zu distinkten politischen Institutionen führen würden. Diese Erklärung passt ausgezeichnet zur Schweiz. Weniger erklärungskräftig ist auf den ersten Blick das zweite Argument des Zeitpunkts der Industrialisierung. Nach Caramani bedeutet eine frühe Industrialisierung eine erhöhte regionale Mobilität der Arbeitskräfte. Damit würden regionale kulturelle Eigenheiten frühzeitig verwischt, so dass sich keine spezifische regionale politische Struktur herausbilden könne. Die Schweiz war jedoch ein Vorreiter der Industrialisierung und dennoch ist sie noch heute eine Gesellschaft mit starken regionalen Unterschieden des Parteiensystems und des Wahlverhaltens. Der Schlüssel zur Lösung dieses Rätsels könnte im spezifischen Charakter der Schweizer Industrialisierung begründet sein: Es war eine Industrialisierung ohne gleichzeitige Urbanisierung. Dieser schweizerische Übergang zur Industriegesellschaft hat folglich keine umfangreiche Wanderung der Arbeitskräfte vom Land in weit entfernte Industriezentren nach sich gezogen.

Insofern wurden trotz früher Industrialisierung die regionalen Unterschiede nicht eingeebnet und es konnten sich regional eigentümliche politische Strukturen halten, beziehungsweise herausbilden.

Die Studie von Caramani ist ein Meilenstein der vergleichenden Wahl- und Parteienforschung, weil erstmals für einen langen Zeitraum regionalisierte Wahldaten erhoben und analysiert wurden. Allerdings bleibt dabei eine Frage offen: Es wird bei diesen Erhebungen und Analysen unterstellt, dass die regionalen Gliederungen einer nationalen Partei in allen Regionen dieselben Programme vertreten, dieselben politischen Koalitionen eingehen und dieselbe Sozialstruktur der Anhängerschaft aufweisen. Just dies trifft eben auf die Schweiz nicht zu, wie Gruner und Kerr eindrücklich gezeigt haben (Gruner 1977 und Kerr 1987).

Eine Analyse auf der Basis von Individualdaten zeigt weiter, dass diese grosse regionale Unterschiedlichkeit der national organisierten Partei in der Schweiz nicht einzigartig ist. Diese Untersuchung basierte auf Daten zum Wahlverhalten in zehn Schweizer Kantonen in der eidgenössischen Wahl 1995 und auf Daten zum Wahlverhalten in 14 westeuropäischen Gesellschaften (Armingeon 1998). Die zugrundeliegende Überlegung dieser Studie lautet, dass in der Schweiz die Entscheidung einer Person für die Wahl einer Partei (und die Nicht-Wahl der anderen Parteien) von Einstellungen und sozio-kulturellen Merkmalen abhängt, deren Bedeutung zwischen den Regionen ebenfalls stark variiert. Und tatsächlich fand man für die Schweiz enorme regionale Unterschiede. Die These, in der Eidgenossenschaft gebe es keine nationalen Wahlen, wohl aber 26 parallele kantonale Wahlen wird insofern bestätigt, als die Wahlentscheidung vom kantonalen institutionellen Kontext geprägt ist. Und in der Tat sind diese Unterschiede zwischen Kantonen etwa so stark, wie die Unterschiede des Wahlverhalten zwischen einigen europäischen Gesellschaften. Aber ein zweiter, kritischer Blick zeigt auch folgendes: In diesen europäischen Gesellschaften sind nationale Wahlergebnisse vielfach auch die Aggregation sehr unterschiedlicher regionaler Bestimmungsfaktoren des Wahlverhaltens. Führt man entsprechende regionalisierte Analysen für die EU-Länder durch, so findet man in Belgien, Italien, Irland, Portugal und Spanien Differenzen des regionalen Wahlverhaltens die gleich oder sogar noch stärker sind als in der Schweiz. Wie schon in den vorhergehenden Analysen erweist sich das schweizerische Parteiensystem nicht als ein Einzelfall. Vielmehr gehört es zu einer Gruppe von europäischen Ländern, in denen historische, ökonomische und kulturelle Unterschiede zwischen den Regionen zu regional unterschiedlichen Parteiensystemen geführt haben.

## 7 Das Kräfteverhältnis der Parteien

In Demokratien sind die Wählerstimmenanteile die wichtigste Ressource, welche politische Parteien haben: Sie entscheiden über die Stärke einzelner Parteien im Parlament. Allerdings schiebt sich zwischen diese Wählerstimmenanteile und die Stärke in der Legislativen das Wahlrecht und die Regeln der Sitzverteilung im Parlament, die zu beträchtlichen Abweichungen von Stimmenanteilen und Sitzanteilen führen können. Die parlamentarische Stärke wiederum bestimmt die Aufteilung in Regierung und Opposition. Dabei werden jedoch Sitzanteile nicht linear in Anteile an Kabinettsitzen transformiert. Vielfältige Veränderungen erfolgen aufgrund institutioneller Regeln – beispielsweise Mehrheitserfordernissen – und aufgrund des Koalitionsverhaltens. Am Anfang dieser Kette von parlamentarischer Sitzverteilung zur Regierungsbeteiligung stehen jedoch die Wählerstimmenanteile. Diese werden im folgenden für die einzelnen Parteifamilien dargestellt. Zwei Fragen stehen in dieser Hinsicht im Vordergrund: In welcher Hinsicht weicht die Schweiz strukturell von den Durchschnittswerten Europas und der OECD-Gruppe der etablierten Demokratien ab?

### 6\* Zuordnung der schweizerischen Parteien zu den Parteifamilien

Parteifamilie	Mitglieder dieser Parteifamilie in der Schweiz
Sozialdemokratische Parteien	Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SPS)
Konservative Parteien	Schweizerische Volkspartei (SVP)
Religiöse (mehrheitlich christdemokratische) Parteien	Christlichdemokratische Volkspartei (CVP), Christlich-soziale Partei (CSP), Evangelische Volkspartei (EVP)
Liberalen Parteien	Freisinnig-demokratische Partei (FDP), Landesring der Unabhängigen (LdU), Liberale Partei der Schweiz (LPS)
Protestparteien	Nationale Aktion/Schweizer Demokraten (SD), Autopartei/Freiheitspartei (FPS), Republikanische Bewegung (Rep.)
Grüne Parteien	Grüne Partei der Schweiz (GPS)
Ethnische Parteien	Lega dei Ticinesi
Kommunistische Parteien	Partei der Arbeit (PdA)
Links-sozialistische Parteien	Progressive Organisationen der Schweiz (POCH), Partito Socialista Autonomo (PSA)
Ultra-rechte Parteien	(fehlt in der Schweiz)

**Anmerkung:** Stimmenanteile für diese Parteien wurden nur dann im Comparative Political Data Set (CPDS) erfasst, wenn die betreffende Partei mindestens einmal 3% der Stimmen bei einer Wahl im Untersuchungszeitraum erhielt.

Wie stark sind diese strukturellen Veränderungen der Schweiz im Vergleich mit den genannten Ländergruppen?<sup>4</sup>

Die Parteien wurden in neun Gruppen klassiert, die auf eine Unterteilung von Lane und Errson sowie Lane, McKay und Newton zurückgehen (Lane und Errson 1999; Lane, McKay und Newton 1997). In der Texttabelle 6\* findet sich die Zuordnung der schweizerischen Parteien zu den Parteifamilien, wobei für die Schweizerische Volkspartei die alternative Klassifizierung als konservative (anstatt agrarische) Partei gewählt wurde, da die SVP weit über die historische Klientel hinaus Wählerinnen und Wähler rekrutiert. Die detaillierten Tabellen der Stimmenanteile dieser Parteifamilien in den 23 untersuchten Ländern und in den vier Dekaden finden sich im Anhang.

Einen ersten Überblick über das Kräfteverhältnis der Parteien ergibt sich durch eine grössenmässige Rangordnung für den gesamten Untersuchungszeitraum 1960–1999:

**7\* Rangreihe der Parteien der OECD-Welt, Europas und der Schweiz, 1960 – 1999**

	OECD	Europa	Schweiz
1. Rang	Sozialdemokraten (29%)	Sozialdemokraten (30%)	Liberale (30%)
2. Rang	Konservative (22%)	Liberale (19%)	Sozialdemokraten (23%)
3. Rang	Liberale (20%)	Christdemokraten (18%)	Christdemokraten (21%)
4. Rang	Christdemokraten (14%)	Konservative (16%)	Konservative (12%)
5. Rang	Links-soz. & komm. P. (7%)	Links-soz. & komm. P. (8%)	Protestparteien (4%)
6. Rang	Protestparteien (1%)	Protestparteien (1%)	Grüne Parteien (2%)
7. Rang	Ethnische P. (1%)	Ethnische P. (1%)	
8. Rang	Grüne P. (1%)	Grüne P. (1%)	
9. Rang	Ultra-rechte P. (1%)	Ultra-rechte P. (1%)	

**Anmerkung:** Bei der Berechnung wurde das arithmetische Mittel über alle Jahreswerte gebildet. Bei der Interpretation der Statistiken für die neuen Parteien, wie insbesondere die grünen Parteien, ist in Betracht zu ziehen, dass diese in den 1960er und 1970er Jahre noch nicht existierten oder nur sehr geringe Stimmenanteile hatten. Der Durchschnittswert kann also beträchtlich vom Wert am Ende der Untersuchungsperiode abweichen (vgl. auch Texttabelle 8\*).

<sup>4</sup> Zur Berechnung der Stimmenanteile der Parteien in diesen 23 OECD-Ländern siehe oben, Fussnote 2

Die Besonderheit des schweizerischen Parteiensystem in Bezug auf die Verteilung der Wählerstimmen ist zum einen ein besonders starkes liberales Lager. Nirgendwo in Europa ist der parteiförmig organisierte Liberalismus so stark wie in der Schweiz. Zum zweiten sind die Sozialdemokraten schwächer und diese Schwäche wird besonders deutlich, weil es keine weiteren grösseren Parteien auf der Linken gibt. Linke Parteien umfassen durchschnittliche 38% der Wählerstimmen in Westeuropa; in der Schweiz sind es hingegen nur rund 23%. Zum dritten sind die Christdemokraten zwar etwas stärker als in ganz Westeuropa. Im regionalen Vergleich mit den kulturell-konfessionell eher ähnlichen Nachbarländern fällt allerdings auf, dass die christlichdemokratischen Parteien in Deutschland, Österreich und Italien erheblich mehr Wählerunterstützung genießen. Die Stärke der konservativen Partei (SVP) entspricht weitgehend dem europäischen Durchschnitt. Bemerkenswert ist weiterhin der Stimmenanteil der schweizerischen Grünen; in dieser Hinsicht gleichen sie den ebenfalls starken Grünen in den Nachbarländern Österreich, Frankreich und Deutschland.

Diese Beobachtungen stützen sich auf Durchschnittswerte, die über viele Länder und lange Zeiträume berechnet wurden. Es liegt der Verdacht nahe, dass erhebliche Unterschiede nicht nur zwischen den Ländern, sondern auch zwischen den Zeiträumen bestehen. Noch vor zwanzig Jahren wurde diskutiert, ob das sozialdemokratische Jahrhundert unwiederbringlich zu Ende gegangen sein (Dahrendorf 1983: 16 ff.); dafür fanden sich damals wie heute keine empirischen Belege (Armingeon 1989; Merkel 1993). Die unbestrittene Abnahme der Parteiidentifikation – also dem Gefühl der Zugehörigkeit zu einer politischen Partei, ohne deswegen unbedingt auch Mitglied zu sein – hat die Frage aufgeworfen, ob die damit verbundene Zunahme der Wechselwählerschaft (Volatilität) zu einer starken zeitlichen Variation der Stimmenanteile von Parteien führen müsse (Dalton, Flanagan et al. 1985). Der beschäftigungsstrukturelle Wandel moderner Gesellschaften mit dem Rückgang der Arbeiterschaft war eine Bedrohung linker Parteien und die Säkularisierung erodierte die langfristigen Erfolgchancen der christlichdemokratischen Parteien, die einen beträchtlichen Teil ihrer Wählerschaft aus dem Kreis der kirchengebundenen Bürgerinnen und Bürger rekrutierten.

Eine Inspektion der Tabellen im Anhang zeigt zunächst, dass viele der Prognosen über den Untergang der herkömmlichen Parteien keine empirische Bestätigung finden. Vergleicht man die Stimmenanteile der Parteien von 1960–1969 mit jenen von 1990–1999 zeigen sich nur geringe Verschiebungen.

Im internationalen Vergleich verzeichneten die christlichdemokratischen Parteien die stärksten Verluste, während die Grünen den grössten Zuwachs ver-

## 8\* Differenz der Stimmenanteile der Parteien zwischen 1960 – 1969 und 1990 – 1999

Partei	OECD	Europa	Schweiz
Konservative Parteien	+ 0,1	+ 2,4	+ 2,8
Ethnische Parteien	+ 1,1	+ 1,0	0
Grüne Parteien	+ 3,3	+ 3,5	+ 5,4
Links-sozialistische & kommunistische Parteien	- 0,7	- 1,5	0
Liberalen Parteien	- 1,4	- 0,8	- 6,4
Protestparteien	+ 2,2	+ 1,8	+ 6,8
Christlichdemokratische Parteien	- 5,9	- 8,6	- 5,4
Sozialdemokratische Parteien	- 2,7	- 1,6	- 5,3
Ultra-rechte Parteien	+ 0,8	+ 1,0	0

Prozentpunktdifferenzen, Prozentwert 1990 – 1999 abzüglich Prozentwert 1960 – 1969

zeichneten. Abgesehen von den Christlichdemokraten liegen die Differenzen der Stimmenanteile der einzelnen Parteienfamilien in Europa über einen Zeitraum von vierzig Jahren unter 5 Prozentpunkten. Fasst man die kommunistischen, linkssozialistischen, sozialdemokratischen und Grünen in einer Gruppe zusammen, so verändert sich das Verhältnis zwischen linkem und nicht-linkem Lager in Westeuropa nicht einmal um einen Prozentpunkt. Dies passt schlecht zur häufig vorgebrachten Behauptung eines dramatischen Wandels der westlichen Parteiensysteme! Offensichtlich waren die Parteien und vor allem die Parteienblöcke in der Lage, sich an den gesellschaftlichen Wandel anzupassen, und Verluste von Wählergruppen durch die Erschliessung oder den Ausbau neuer Wählersegmente zu kompensieren. In Bezug auf die grossen Parteien – sozialdemokratische, konservative, christlichdemokratische und liberale Parteien – entsprechen die Richtungen der Veränderungen in der Schweiz weitgehend den westeuropäischen Durchschnittswerten, wobei es im Ausmass der Verluste Unterschiede gibt. Der Stimmenzuwachs der SVP entspricht hingegen jenem der durchschnittlichen westeuropäischen konservativen Parteien. Ausser Frage stehen markante Zuwächse von vier Parteifamilien, die meist in den 90er Jahren erzielt wurden. Es handelt sich um die grünen, die ethnischen, die ultra-rechten und die Protestparteien. In der Schweiz spiegeln sich diese allgemeinen Veränderungen in den Stimmengewinnen der Grünen, der Schweizer Demokraten (ehem. Nationale Aktion) und der Freiheitspartei. Die Wahlerfolge der Lega dei Ticinesi sind ebenfalls in diesem Zusammenhang zu sehen.

Dieser weitgehend stabilen Kräfteverteilung bei Wahlen entspricht auch eine Stabilität der parteipolitischen Zusammensetzung der Regierung (vgl. CPDS 2001). Entgegen einer weitverbreiteten Meinung führen Wahlen in westlichen

Demokratien in der Regel nicht zu einer substantziellen Veränderung der parteipolitischen Zusammensetzung der Regierung. In den untersuchten 23 Ländern gab es zwischen 1960 und 1999 insgesamt 268 Wahlen. Von diesen Wahlen standen nur 81 in einem Zusammenhang mit einer Veränderung der Regierungszusammensetzung<sup>5</sup>. Dass Wahlen keine Auswirkung auf die Zusammensetzung der Exekutiven haben, ist also keine ausgesprochene schweizerische Besonderheit, sondern der Regelfall in westlichen Ländern. Freilich weist kein Land eine derartig grosse Stabilität der Regierungszusammensetzung in den letzten 40 Jahren auf, wie dies die Schweiz tut.

Für die folgende Untersuchung der parteipolitischen Färbung der Regierungen in OECD-Ländern zwischen 1960 und 1999 wurden die Parteien drei grossen Gruppen zugeordnet: Linke Parteien, christlichdemokratische/Zentrums-

### 9\* Parteipolitische Zusammensetzungen der Regierungen

	OECD	Europa	Schweiz
<b>Linke Parteien</b>			
1960 – 69	25	32	29
1970 – 79	32	37	29
1980 – 89	34	36	29
1990 – 99	34	41	29
<b>Christlichdemokratische / Zentrumsparteien</b>			
1960 – 69	32	32	29
1970 – 79	27	27	29
1980 – 89	24	28	29
1990 – 99	26	26	29
<b>Liberale / konservative Parteien</b>			
1960 – 69	42	33	43
1970 – 79	37	30	43
1980 – 89	40	34	43
1990 – 99	35	36	43

Durchschnittlicher Anteil in % an den Kabinettsitzen

Differenzen zwischen der jeweiligen Summe und 100% gehen auf Rundungen zurück.

Quelle: Armingeon, Beyeler et al. 2001

<sup>5</sup> Im Anschluss an eine gebräuchliche Typologie wurden fünf Typen der parteipolitischen Zusammensetzung der Regierung unterschieden: Bürgerliche oder linke Hegemonie, bürgerliche oder linke Dominanz, Patt zwischen linkem und bürgerlichem Lager. Als substantzieller Wandel wurde ein Wechsel des Typs der Regierungszusammensetzung in einem Wahljahr interpretiert. Zur genauen operationalen Definition vgl. CPDS und die dort angegebene Literatur.

parteien und liberale/konservative Parteien (zur genauen Klassifizierung vgl. Schmidt 1996; CPDS-Codebook).

In Europa hatten die linken Parteien zwischen 1960 und 1999 mit geringen zeitlichen Variationen 37% aller Kabinettsitze, während die Christdemokraten 28% aller Regierungssitze besetzten. Das restliche Drittel der Sitze entfiel folglich auf liberale und konservative Parteien. Gemessen an Medienberichten über die herausragende Stärke der Sozialdemokratie in den 70er Jahren, deren vermeintlichen Niedergang in den 80er Jahren und über den kometengleichen Aufstieg liberaler und konservativer Parteien in den 80er und frühen 90er Jahren, ist die Stabilität der anteiligen Vertretung der drei Parteigruppen in den nationalen Regierungen beachtlich. Allerdings wurde in keinem Land soviel Stabilität verzeichnet wie in der Schweiz. Im Zusammenhang mit diesen Daten ist in vergleichender Perspektive festzuhalten, dass sich in der Schweiz dasselbe Muster der Kräfteverteilung auf der Ebene der Wahlergebnisse wie auf der Ebene der Regierungsbeteiligung zeigt: Im internationalen Vergleich ist die SPS schwach, die CVP entspricht in etwa dem europäischen Durchschnitt und FDP und SVP sind stärker vertreten als dies in Europa durchschnittlich der Fall ist.

## 8 Die neunziger Jahre im internationalen Vergleich

Kaum ein Beobachter der schweizerischen Politik wird bestreiten, dass die 90er Jahre im Vergleich zu den drei vorhergehenden Dekaden durch grossen Veränderungen des Parteiensystems geprägt sind. Herausragend ist zum einem die Etablierung der Grünen als eine gänzlich neue Partei, welche die Interessen der Umwelt gegenüber jenen der Wirtschaft zu vertreten beanspruchte. Zum zweiten sind die 90er Jahre durch Wahlerfolge der Schweizerischen Volkspartei bei den Wahlen von 1995 und 1999 geprägt, die im Vergleich zu den anderen Wahlen der Nachkriegszeit dramatisch sind. Wie sind diese Veränderungen in international vergleichender Perspektive zu bewerten?

Ein erster Vergleichsmassstab bildet die Volatilität, also das Ausmass des Wechselwählens. Ein Indikator hierfür ist die Netto-Volatilität. Sie ist die durch zwei dividierte Summe der Differenzen der Stimmenanteile jeder einzelnen Partei gegenüber der vorhergehenden Wahl. Die Brutto-Volatilität ist der Anteil aller Wählenden, die sich im Vergleich zur vorgehenden Wahl für eine andere Partei entschieden haben. Dieser Wert liegt über jenem der Netto-Volatilität, er ist jedoch aus Gründen der Verfügbarkeit und der Qualität der Umfragedaten nur für wenige Wahlen in wenigen Ländern zuverlässig berechenbar.

Die Daten in Texttabelle 10\* zeigen vor allem Stabilität des Wahlverhaltens in der Nachkriegsperiode in der OECD-Welt und in Westeuropa an. Ein leichter Trend zu verstärktem Wechselwählen in den letzten drei Dekaden ist jedoch feststellbar. Die Schweiz weicht vom westeuropäischen Durchschnitt markant ab: Bis zum Ende der 80er Jahre lag das Ausmass der Netto-Volatilität etwa um die Hälfte unter dem westeuropäischen Durchschnittswert. Zwar steigt der Wert in den 90er Jahren, aber er bleibt dennoch unter dem Wert der anderen

**10\* Netto-Volatilität bei nationalen Wahlen 1960 – 1999**

	OECD	Europa	Schweiz
1960 – 69	8.2	10.1	5.2
1970 – 79	10.3	11.8	4.8
1980 – 89	9.7	10.9	4.8
1990 – 99	11.4	10.9	6.3

Berechnet auf der Basis des Comparative Political Data Set (CPDS). Die Netto-Volatilität ist die durch 2 geteilte Summe der absoluten Veränderung der Stimmenanteile jeder einzelnen Partei gegenüber der vorhergehenden Wahl. Bei der vorliegenden Berechnung wurden die Mittelwerte über alle Wahlen in der OECD- Ländergruppe bzw. in Westeuropa gebildet und nicht, wie in den anderen Tabellen dieser Studie, der Mittelwert der Ländermittelwerte.

europäischen Länder. Selbst die Netto-Volatilität der in der Schweiz als «Erd-rutsch-Wahl» interpretierten eidgenössischen Wahl von 1999 bleibt mit 7,7 noch deutlich unterhalb jenem Wert, der in westeuropäischen Länder das arithmetische Mittel bildet. Was im zeitlichen und auf die Schweiz begrenzten Vergleich gut begründet als dramatische Veränderung wahrgenommen wird, ist in komparativer europäischer Perspektive eher als Zeichen der Stabilität denn als Indikator der Veränderung bemerkenswert. Hinzu kommt, dass die Stimmengewinne der SVP dem durchschnittlichen Zuwachs der westeuropäischen konservativen Parteien entsprachen.

Dies ändert freilich nichts daran, dass die Wahlerfolge der Schweizerischen Volkspartei bei den Wahlen von 1995 und von 1999 für Schweizer Verhältnisse aussergewöhnlich waren. Insbesondere das Eindringen in katholische Wählerschichten zeigt eine Auflösung der engen Beziehung zur protestantisch-mittelständischen Klientel an. In einer neuen Übersicht über den Stand der vergleichenden Wahlforschung argumentierte Peter Mair, die Stabilität der Parteiensysteme der Nachkriegszeit löse sich in den 90er Jahren auf (Mair 2002). In der Tat stützt auch die schweizerische Wahl von 1999 die Spekulation eines grundlegenden und zukünftigen Wandels der Parteiensysteme. Vorläufig handelt es sich jedoch noch immer um eine Spekulation. Ob der begründet vermutbare dauerhafte Wandel tatsächlich eintreten wird, werden erst die nächsten Jahre zeigen.

Der Aufstieg der Grünen Partei der Schweiz kann als weiteres Zeichen eines Wandels des politischen Systems gesehen werden. Grüne Parteien sind in den 80er und 90er Jahren in allen europäischen Demokratien entstanden und haben mit unterschiedlichem Erfolg an Wahlen teilgenommen. In zehn europäischen Ländern (Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Island, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Schweden, Schweiz) und in Neuseeland konnten sie durchschnittliche Stimmenanteile von über vier Prozent erreichen. Meist verloren die sozialdemokratischen Parteien gleichzeitig eine vergleichbare Zahl von Stimmen, so dass die Summe der Wählerstimmenanteile von grünen und linken Parteien sich nur wenig änderte. Man kann mithin den Aufstieg der Grünen nicht nur als das Auftreten eines neuen Akteurs, sondern als nachlassende Integrationskraft der herkömmlichen Parteien interpretieren. Sie äussert sich darin, dass neue Konflikte und Themen nicht überzeugend in die bisherige Programmatik eingebaut werden können, und dass das durch die neuen Konflikte entstandene Wählerpotential von neuen Parteien mobilisiert werden kann.

## 9 Schluss

Welches sind die zentralen Ergebnisse dieses Beitrages, der die Entwicklung des schweizerischen Parteiensystems im internationalen Vergleich für den Zeitraum 1960–1999 analysiert?

Der erste Befund betrifft die Zahl der schweizerischen Parteien. Sie ist sehr hoch und sie wird nur in wenigen anderen Ländern annähernd erreicht. Die Zahl der politisch thematisierten Konfliktlinien ist im internationalen Vergleich ebenfalls sehr gross und dies dürfte die wichtigste Erklärung für die schweizerische Parteienvielfalt darstellen.

Ein zweiter Befund bezieht sich auf die Ideologien und Programmatiken der Parteien. Es lässt sich zeigen, dass Parteien nicht zu programmatisch konturenlosen Stimmensammelmaschinen geworden sind. Ferner repräsentieren sie Ansichten ihrer Anhänger recht gut; sie haben sich nicht von ihrer Klientel entfremdet. Freilich kann man nicht behaupten, dass in der Schweiz die programmatischen Unterschiede bedeutend schärfer ausgeprägt sind, als in anderen westlichen Demokratien.

Warum hat die Schweiz im Vergleich mit vielen westeuropäischen Ländern keine starken links- und rechtsextremistischen Parteien? So lautete eine weitere Frage dieser Untersuchung. Dem dritten Befund dieser Studie zufolge liegt dies vor allem an der Inklusionsstrategie der herrschenden Eliten gegenüber der organisierten Arbeiterbewegung und an den Institutionen der direkten Demokratie, die die parteiförmige Mobilisierung des rechtsextremen Potentials erschwert.

Eine weitere Frage der Untersuchung beschäftigte sich mit der These der 26 kantonalen Parteiensysteme, die das vermeintlich fehlende nationale Parteiensystem ersetzen. Es konnte gezeigt werden, dass die Schweiz tatsächlich ein stark regionalisiertes Parteiensystem hat. Dies stellt jedoch keinen Sonderfall dar, sondern ist typisch für eine ganze Reihe von westeuropäischen Ländern.

Die Analyse der Kräfteverhältnisse zwischen den Parteien erbrachte, dass die Schweiz im internationalen Vergleich eine schwache Linke und ein starkes liberales Lager hat. Bemerkenswert ist vor allem die geringe Veränderung des Kräfteverhältnisses der Parteien in Westeuropa und in der Schweiz über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg. Dies ist im Falle der Schweiz erstaunlich, weil gerade die 90er Jahre als Jahrzehnt des Umbruchs des Parteiensystems gelten könnten. Im internationalen Vergleich verlieren diese Veränderungen jedoch ihre dramatischen Ausmasse. In Bezug auf die Netto-Volatilität wird selbst in den 90er Jahre nicht einmal der europäische Durchschnittswert erreicht.

## 10 Ausblick

Stabilität ist somit auch am Ende der 90er Jahre des vergangenen Jahrhunderts ein herausragendes Merkmal des schweizerischen und des westeuropäischen Parteiensystems. Darauf weisen die hier präsentierten Indikatoren zu zentralen Aspekten der Parteiensysteme hin. Unter der Oberfläche dieser Stabilität scheinen sich jedoch tiefgreifende Veränderungen zu vollziehen, die sich erst in einigen Jahren in den hier analysierten Indikatoren niederschlagen könnten. Einige solcher Prozesse sollen hier benannt werden:

- Besonders deutliche Veränderungen vollziehen sich in den Jahren 1990–99 (Mair 2002). Die Stimmengewinne der Grünen, Protest-, ultra-rechten und ethnischen Parteien in dieser Dekade machen dies sehr deutlich. Es gibt keinen Grund zu Annahme, dass mit den 90er Jahren das Wachstum dieser weitgehend neuen Parteien zum Stillstand gekommen ist. Offensichtlich hat die Integrationsfähigkeit der herkömmlichen Parteien nachgelassen, so dass ein zunehmendes Wählerpotential durch neue Parteien erschlossen werden könnte.
- Die Organisations- und Arbeitsbedingungen der Parteien haben sich deutlich gewandelt. Damit verändern sich auch die Bezugspunkte der Politik der Parteienstrategen: Es geht nicht mehr vordringlich darum, Mitglieder zu integrieren und sie für Wahlen und Abstimmungen zu mobilisieren. Vielmehr müssen (abgesehen von Mitgliederbeiträgen und Zuwendungen) die Mittel beschafft werden, um einen professionellen Wahl- und Abstimmungskampf durchzuführen und zu gewinnen. Mitglieder und die sie einigende Programmatik und Ideologie werden künftig weniger wichtig sein; politische Inhalte müssen demzufolge darauf geprüft werden, ob sie im Rahmen grosser und über die Massenmedien geführter Kampagnen erfolgreich einer sozial und kulturell diffuseren Wählerschaft kommuniziert werden können.
- Im Zusammenhang damit stehen vier eindeutige Trends:
  - (1) Zunächst nimmt mit wenigen Ausnahmen die Parteimitgliedschaft im langfristigen Vergleich ab (Mair und Biezen 2001). Damit beginnt sich für Parteimanager die Türe zur Rückkehr zur mitgliedergestützten Partei zu schliessen.
  - (2) Zum zweiten verringert sich die Zahl der parteigebundenen Bürger (Schmitt und Holmberg 1995). Die Parteien verlieren grosse Teile ihre loyalen Kernwählerschaften.
  - (3) Zum dritten nimmt das Wechselwählen zu. Dies ist weniger deutlich bei den systematisch für alle Länder berechenbaren Netto-Volatilitäten als

beim Ausmass des individuellen Wechselwählens, also der sogenannten Bruttovolatilität (Mair 2002; Lane und Ersson 1999: 127ff; Beyme 2000: 59).

- (4) Zum vierten sinkt in den 15 westeuropäischen Ländern, die Mair untersucht hat, die Wahlbeteiligung zwischen den 80er und den 90er Jahren (Mair 2002). Diese Trends finden sich auch in der Schweiz (vgl. neben der oben angeführten Literatur Nabholz 1998). Alle diese vier Trends können zu einer künftigen Destabilisierung des Parteiensystems beitragen.

Der erstaunliche Insgesamt-Befund dieser Studie ist neben der Stabilität des schweizerischen Parteiensystems auch dessen strukturelle Ähnlichkeit und die Ähnlichkeit der Entwicklungstrends mit jenen der anderen westeuropäischen Länder.

Dies schliesst Abweichungen vom Durchschnitt nicht aus. Dazu gehört die grosse Zahl von Parteien und entsprechenden Konfliktlinien, der weitgehend fehlende parteiförmig organisierte Rechts- und Linksextremismus, die schwach ausgeprägte Nationalisierung des Parteiensystems, die verzögerte Entwicklung zur «professionalisierten Wählerpartei» (Beyme) aufgrund der ausgebliebenen direkten staatlichen Parteiensubventionierung und die Schwäche der Linken. Aber all dies macht das Schweizer Parteiensystems nicht zu einem System «sui generis». Auch die Tatsache einer ausgedehnten direkten Demokratie und ihre Bedeutung für die Entstehung der Parteien sowie die Mässigung der politischen Macht der Parteien hat offensichtlich keinen derart nachdrücklichen Einfluss auf das Parteiensystem, dass es einer sinnvollen vergleichenden Einordnung in das westeuropäische Parteiensystem entzogen wäre.

## Literatur

- Armingeon, K. (1989). «Sozialdemokratie am Ende? Die Entwicklung der Macht sozialdemokratischer Parteien im internationalen Vergleich 1945–1988», in *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 18 (4): 321 ff.
- Armingeon, K. (1995). «Der Schweizer Rechtsextremismus im internationalen Vergleich», in *Revue suisse de science politique* 1 (4): 41 ff.
- Armingeon, K. (1998). «Es gibt sie doch, die Schweizer Wahlen! Die Unterschiedlichkeit des Wahlverhaltens zwischen Kantonen im internationalen Vergleich», in *Schweizer Wahlen 1995*. H. Kriesi / W. Linder / U. Klöti (Hg.). Bern, Stuttgart, Wien, Haupt: 273 ff.
- Armingeon, K. (1999). «Die Stabilität der eidgenössischen Regierungskoalition in vergleichender Perspektive», in *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 28 (4): 463 ff.
- Armingeon, K. / M. Beyeler et al. (2001). *Comparative Political Data Set, 1960–1999*. Bern,  
[http://www.ipw.unibe.ch/mitarbeiter/armingeon/default.asp?inhalt=CPD\\_Set.htm](http://www.ipw.unibe.ch/mitarbeiter/armingeon/default.asp?inhalt=CPD_Set.htm).
- Betz, H.-G. (1996). «Radikaler Rechtspopulismus in Westeuropa», in *Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung (PVS Sonderheft 27/1996)*. J. W. Falter / H.-G. Jaschke / J. R. Winkler (Hg.). Opladen, Westdeutscher Verlag: 363 ff.
- Beyme, K. v. (2000). *Parteien im Wandel. Von den Volksparteien zu den professionalisierten Wählerparteien*. Opladen, Westdeutscher Verlag.
- Bundesamt für Statistik (1999). *Nationalratswahlen 1999: Der Wandel der Parteienlandschaft seit 1971*. Neuchâtel.
- Bundesamt für Statistik (2002). *Nationalratswahlen 1999: Übersicht und Analyse*. Neuchâtel.
- Caramani, D. (1996). «The Nationalisation of Electoral Politics: A Conceptual Reconstruction and Review of the Literature», in *West European Politics* 19 (2): 205 ff.
- Caramani, D. (2000). *The Societies of Europe. Elections in Western Europe since 1815*. Basingstoke, Oxford, Macmillan.
- Dahrendorf, R. (1983). *Die Chancen der Krise. Über die Zukunft des Liberalismus*. Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt.
- Dalton, R. J. / S. C. Flanagan et al. (Hg.) (1985). *Electoral Change in Advanced Industrial Societies: Realignment or Dealignment*. Princeton, Princeton University Press.

- Drysch, T. (1998). *Parteienfinanzierung. Österreich, Schweiz, Bundesrepublik Deutschland*. Opladen, Leske + Budrich.
- Duverger, M. (1959). *Die politischen Parteien*. Tübingen, J.C.B. Mohr (Siebeck).
- Gabriel, O. W. (1996). «Rechtsextreme Einstellungen in Europa: Struktur, Entwicklung und Verhaltensimplikationen» in *Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung (PVS-Sonderheft 27/1996)*. J. W. Falter / H.-G. Jaschke / J. R. Winkler (Hg.). Opladen, Westdeutscher Verlag: 344 ff.
- Geser, H. / A. Ladner et al. (1994). *Die Schweizer Lokalparteien*. Zürich, Seismo.
- Gruner, E. (1977). *Die Parteien in der Schweiz*. Bern, Francke.
- Haensch, G. / P. Fischer (1994). *Kleines Frankreich-Lexikon* (3. Auflage). München, Beck.
- Hirter, H. (2000). *Wahlen 1999*. Bern, Institut für Politikwissenschaft.
- Huber, J. / R. Inglehart (1995). «Expert Interpretations of Party Space and Party Locations in 42 Societies», in *Party Politics* 1 (1): 73 ff.
- Inter-Parliamentary Union. *Chronicle of Parliamentary Elections*. Genf, Interparlamentarische Union, jährlich.
- Junker, B. (1968). *Die Bauern auf dem Wege zur Politik. Die Entstehung der Bernischen Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei*. Bern, Francke.
- Katz, R. S. / P. Mair (1995). «The Changing Models of Party Organization and Party Democracy: The Emergence of the Cartel Party», in *Party Politics* 1: 5 ff.
- Kerr, H. H. (1987). «The Swiss Party System: Steadfast and Changing» in *Party Systems in Denmark, Austria, Switzerland, The Netherlands and Belgium*. H. Daalder (Hg.). London, Frances Pinter: 107 ff.
- Kirchheimer, O. (1965). «Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems», in *Politische Vierteljahresschrift* 6: 20 ff.
- Kriesi, H. (1995). *Le Système Politique Suisse*. Paris, Economica.
- Kriesi, H. (1998). «Einleitung», in *Schweizer Wahlen 1995*. H. Kriesi / W. Linder / U. Klöti (Hg.). Bern, Stuttgart, Wien, Haupt: 1 ff.
- Kriesi, H. (1999). «Movements of the Left, Movements of the Right: Putting the Mobilization of Two New Types of Social Movements into Political Context», in *Continuity and Change in Contemporary Capitalism*. H. Kitschelt / P. Lange / G. Marks / J. D. Stephens (Hg.). Cambridge, New York, Cambridge University Press: 398 ff.

- Kriesi, H. / D. Wisler (1996). «Social movements and direct democracy in Switzerland», in *European Journal of Political Research* 30/1996 (1): 19 ff.
- Laakso, M. / R. Taagepera (1979). «Effective number of Parties: A measure with Application to West Europe», in *Comparative Political Studies* 12, No. 1: 3 ff.
- Ladner, A. (1991). *Politische Gemeinden, kommunale Parteien und lokale Politik*. Zürich, Seismo.
- Ladner, A. (1999). «Das Schweizer Parteiensystem und seine Parteien», in *Handbuch der Schweizer Politik*. U. Klöti / P. Knoepfel / H. Kriesi / W. Linder / Y. Papadopoulos (Hg.). Zürich, NZZ Verlag: 214 ff.
- Lane, J.-E. / S. O. Ersson (1999). *Politics and Society in Western Europe* (4th ed.). London, Thousand Oaks, New Delhi, Sage.
- Lane, J.-E. / D. McKay et al. (1997). *Political Data Handbook. OECD Countries* (2nd ed.). Oxford, Oxford University Press.
- Lijphart, A. (1999). *Patterns of Democracy: Government Form and Performance in Thirty-Six Countries*. New Haven, Yale University Press.
- Linder, W. (1999). *Schweizerische Demokratie – Institutionen, Prozesse, Perspektiven*. Bern, Haupt.
- Lipset, S. M. / S. Rokkan (1967). «Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments: An Introduction» in *Party Systems and Voter Alignments: Cross National Perspectives*. S. M. Lipset und S. Rokkan. New York, The Free Press: 1-64.
- Mackie, T. T. / R. Rose (Hg.) (1991). *The International Almanac of Electoral History*. London, Basingstoke, Macmillan.
- Mair, P. (2002). «Mass Electoral Behaviour in Western Europe, 1950–2000» in *Comparative Democracy*. H. Keman. London, Sage.
- Mair, P. / I. v. Biezen (Hg.) (2001). «Party Membership in Twenty European Democracies, 1980–2000», in *Party Politics* 7 (1): 5 ff.
- Merkel, W. (1993). *Ende der Sozialdemokratie? Machtressourcen und Regierungspolitik im westeuropäischen Vergleich*. Frankfurt am Main, New York, Campus.
- Nabholz, R. (1998). «Das Wählerverhalten in der Schweiz: Stabilität oder Wandel? Eine Trendanalyse von 1971–1995», in *Schweizer Wahlen 1995*. H. Kriesi / W. Linder / U. Klöti (Hg.). Bern, Stuttgart, Wien, Haupt: 17 ff
- Nohlen, D. (2000). *Wahlrecht und Parteiensystem* (3. Auflage). Opladen, Leske + Budrich.

- Rae, D. (1968). «A note on the fractionalization of some European party systems», in *Comparative Political Studies* 1: 413-418.
- Russ S. / J. Schild et al. (2000). *Parteien in Frankreich*. Opladen, Leske + Budrich.
- Schmidt, M. G. (1996). «When Parties Matter: A Review of the Possibilities and Limits of Partisan Influence on Public Policy», in *European Journal of Political Research* 30 (2): 155 ff.
- Schmitt, H. / S. Holmberg (1995). «Political Parties in Decline?», in *Citizens and the state. Beliefs in Government. Vol. 1*. H.-D. Klingemann / D. Fuchs (Hg.). Oxford, Oxford University Press: 95 ff.
- Sciarini, P. / S. Hug (1999). «The Odd Fellow: Parties and Consociationalism in Switzerland», in *Party Elites in Divided Societies. Political Parties in Consociational Democracy*. R. K. Luther und K. Deschouwer (Hg.). London, New York, Routledge / ECPR Studies in European Political Science: 134 ff.
- Sommer, M. (2002): «Im Süden nichts Neues: Zur aktuellen Entwicklung des italienischen Parteiensystems» in *Politische Vierteljahresschrift* 43 (1): 112–141.
- Thomas, J. C. (1976): *The Decline of Ideology in Western Parties*. Beverly Hills, London, Sage.
- Thomas, J. C. (1980): «Policy Convergence Among Political Parties and Societies in Developed Nations», in *Western Political Quarterly* 23 (2): 233 ff.
- Vatter, A. (2001). *Kantonale Demokratien im Vergleich. Entstehungsgründe, Interaktionen und Wirkungen politischer Institutionen in den Schweizer Kantonen*. Bern, Stuttgart, Haupt.
- Ware, A. (1996). *Political Parties and Party Systems*. Oxford, Oxford University Press.
- Widfeldt, A. (1995). «Party Membership and Party Representativeness», in *Citizens and the state. Beliefs in Government. Vol. 1*. H.-D. Klingemann / D. Fuchs (Hg.). Oxford, Oxford University Press: 134 ff.

# Anhang 1:

## Wähleranteile nach Parteifamilie und Dekade

Quelle: Armingeon, Klaus; Beyeler, Michelle, et al. (2001): *Comparative Political Data Set, 1960–1999*. Bern:  
[http://www.ipw.unibe.ch/mitarbeiter/armingeon/default.asp?inhalt=CPD\\_Set.htm](http://www.ipw.unibe.ch/mitarbeiter/armingeon/default.asp?inhalt=CPD_Set.htm)



## T1.1 Wähleranteile der konservativen Parteien<sup>1</sup>

	1960 – 1969	1970 – 1979	1980 – 1989	1990 – 1999
Australien	46,2	46,5	45,5	46,6
Belgien	0	0	0	0
Dänemark	21,2	11,3	18,6	14,2
Deutschland	0	0	0	0
Finnland	14,4	18,4	22,3	19,3
Frankreich	45,7	44,0	43,1	40,6
Griechenland		36,0	40,2	43,7
Irland	0	0	0	0
Island	39,7	38,8	34,2	37,1
Italien	0	0	0	12,4
Japan	53,7	45,3	47,9	55,5
Kanada	37,0	34,6	41,6	24,9
Luxemburg	0	0	0	0
Neuseeland	46,0	43,7	39,6	38,2
Niederlande	0	0	0	0
Norwegen	19,4	19,9	29,5	17,8
Österreich	0	0	0	0
Portugal		0	0	0
Schweden	14,7	14,5	21,2	21,7
Schweiz	11,3	10,6	11,2	14,1
Spanien		42,6	36,7	36,6
Vereinigtes Königreich (GBR)	45,2	40,9	42,8	38,6
Vereinigte Staaten (USA)	46,1	43,4	45,5	48,1
OECD Mittelwert	22,0	21,3	22,6	22,1
Europa Mittelwert	14,1	15,4	16,7	16,5

<sup>1</sup> Einschliesslich der früheren Bauernparteien in der Schweiz und Australien

## T1.2 Wähleranteile der ethnischen Parteien

	1960 – 1969	1970 – 1979	1980 – 1989	1990 – 1999
Australien	0	0	0	0
Belgien	7,1	19,5	13,1	13,3
Dänemark	0	0	0	0
Deutschland	0	0	0	0
Finnland	6,3	5,2	5,0	5,6
Frankreich	0	0	0	0
Griechenland		0	0	0
Irland	1,8	0	2,9	4,9
Island	0	0	0	0
Italien	0	0	0,2	7,6
Japan	0	0	0	0
Kanada	0	0	0	8,6
Luxemburg	0	0	0	0
Neuseeland	0	0	0	0
Niederlande	0	0	0	0
Norwegen	0	0	0	0
Österreich	0	0	0	0
Portugal		0	0	0
Schweden	0	0	0	0
Schweiz	0	0	0	0
Spanien		0,9	4,1	4,8
Vereinigtes Königreich (GBR)	0	0	0	0
Vereinigte Staaten (USA)	0	0	0	0
OECD Mittelwert	0,8	1,1	1,1	1,9
Europa Mittelwert	1,0	1,4	1,4	2,0

### T1.3 Wähleranteile der grünen Parteien

	1960 – 1969	1970 – 1979	1980 – 1989	1990 – 1999
Australien	0	0	0	0
Belgien	0	0,2	5,4	9,5
Dänemark	0	0	0	2,5
Deutschland	0	0	5,2	5,8
Finnland	0	0	1,8	6,5
Frankreich	0	0,4	1,1	4,3
Griechenland		0	0	0
Irland	0	0	0	0
Island	0	0	5,3	6,3
Italien	0	0	0	0
Japan	0	0	0	0
Kanada	0	0	0	0
Luxemburg	0	0	2,8	8,8
Neuseeland	0	2,6	0,4	12,2
Niederlande	0	0	0,4	4,5
Norwegen	0	0	0	0
Österreich	0	0	1,9	5,3
Portugal		0	0	0
Schweden	0	0	2,1	4,4
Schweiz	0	0,1	2,4	5,4
Spanien		0	0	0
Vereinigtes Königreich (GBR)	0	0	0	0
Vereinigte Staaten (USA)	0	0	0	0
OECD Mittelwert	0	0,1	1,3	3,3
Europa Mittelwert	0	0	1,6	3,5

## T1.4 Wähleranteile der linken Parteien<sup>1</sup>

	1960 – 1969	1970 – 1979	1980 – 1989	1990 – 1999
Australien	0	0	0	0
Belgien	3,5	3,2	1,7	0,2
Dänemark	8,4	11,0	14,7	7,7
Deutschland	0	0	0	3,7
Finnland	25,1	18,4	15,1	11,0
Frankreich	23,0	23,2	14,8	10,0
Griechenland		7,1	10,4	9,6
Irland	0	1,0	3,3	1,5
Island	15,4	18,1	16,8	15,5
Italien	25,7	31,8	29,1	26,9
Japan	4,1	9,7	9,3	9,8
Kanada	0	0	0	0
Luxemburg	9,7	10,1	4,6	2,9
Neuseeland	0	0	1,7	0
Niederlande	5,5	5,0	3,0	1,4
Norwegen	3,7	6,8	5,6	7,4
Österreich	2,0	1,2	0,8	0,4
Portugal		16,7	16,0	9,1
Schweden	4,5	5,0	5,6	6,8
Schweiz	0	0	0	0
Spanien		9,8	5,9	9,8
Vereinigtes Königreich (GBR)	0	0	0	0
Vereinigte Staaten (USA)	0	0	0	0
OECD Mittelwert	6,5	7,7	6,9	5,8
Europa Mittelwert	8,4	9,4	8,2	6,9

<sup>1</sup> Links-sozialistische und kommunistische Parteien

## T1.5 Wähleranteile der liberalen Parteien<sup>1</sup>

	1960 – 1969	1970 – 1979	1980 – 1989	1990 – 1999
Australien	0	2,8	5,9	7,1
Belgien	12,5	13,7	20,6	21,9
Dänemark	29,4	30,9	23,9	28,5
Deutschland	10,3	7,7	8,7	8,4
Finnland	28,4	21,9	18,9	22,5
Frankreich	5,6	0	0	0
Griechenland		12,1	1,4	0
Irland	46,0	47,4	45,4	40,2
Island	28,5	29,8	20,5	21,0
Italien	7,2	10,0	9,1	3,1
Japan	0	1,6	2,3	0
Kanada	47,6	48,0	36,0	37,6
Luxemburg	16,6	21,0	20,7	18,8
Neuseeland	10,2	9,3	11,8	2,4
Niederlande	12,3	19,5	25,4	29,9
Norwegen	17,1	13,9	9,4	14,8
Österreich	6,5	5,5	7,2	23,5
Portugal		32,2	46,8	42,9
Schweden	30,5	34,6	24,8	15,4
Schweiz	32,3	30,8	30,3	25,9
Spanien		0	0	0
Vereinigtes Königreich (GBR)	8,0	13,5	21,1	18,5
Vereinigte Staaten (USA)	53,2	55,2	53,4	48,7
OECD Mittelwert	20,1	20,1	19,3	18,7
Europa Mittelwert	19,4	19,1	18,6	18,6

<sup>1</sup> Einschliesslich der früheren Bauernparteien in Finnland, Island, Norwegen und Schweden

## T1.6 Wähleranteile der Protestparteien

	1960 – 1969	1970 – 1979	1980 – 1989	1990 – 1999
Australien	0	0	0	0
Belgien	0	0	0	1,3
Dänemark	0	9,9	7,1	5,6
Deutschland	0	0	0	0
Finnland	1,3	6,8	7,2	3,2
Frankreich	0	0	0	0
Griechenland		0	0	0
Irland	0	0	0	0
Island	0	0	3,3	1,6
Italien	0	0	0	0
Japan	0	0	0	0
Kanada	0	0	0,4	13,8
Luxemburg	2,4	0,6	2,6	8,4
Neuseeland	0	0	0	7,0
Niederlande	2,5	1,8	0,2	1,5
Norwegen	0	2,6	4,8	11,0
Österreich	1,3	0	0	0
Portugal		0	0	0
Schweden	0	0	0	2,5
Schweiz	0,2	5,1	3,4	7,0
Spanien		0	0	0
Vereinigtes Königreich (GBR)	0	0	0	0
Vereinigte Staaten (USA)	2,7	3,3	2,6	0
OECD Mittelwert	0,5	1,3	1,4	2,7
Europa Mittelwert	0,5	1,5	1,6	2,3

## T1.7 Wähleranteile der religiösen Parteien<sup>1</sup>

	1960 – 1969	1970 – 1979	1980 – 1989	1990 – 1999
Australien	0	0	0	0
Belgien	37,9	32,8	28,3	24,5
Dänemark	0	3,2	2,4	2,1
Deutschland	46,8	46,6	46,2	41,1
Finnland	0,5	2,8	3,4	3,1
Frankreich	9,6	9,8	0	0
Griechenland		0	0	0
Irland	32,5	33,4	34,7	26,5
Island	0	0	0	0
Italien	39,6	38,7	34,9	17,7
Japan	2,2	9,8	9,5	4,8
Kanada	0	0	0	0
Luxemburg	37,3	33,6	36,1	31,1
Neuseeland	0	0	3,8	0
Niederlande	47,8	36,4	33,4	26,7
Norwegen	8,6	10,0	8,7	9,8
Österreich	46,3	43,1	42,1	29,6
Portugal		11,1	5,9	6,7
Schweden	1,0	1,1	5,2	6,4
Schweiz	23,0	21,1	20,6	17,6
Spanien		0	0	0
Vereinigtes Königreich (GBR)	0	0	0	0
Vereinigte Staaten (USA)	0	0	0	0
OECD Mittelwert	16,7	14,5	13,7	10,8
Europa Mittelwert	22,1	18,0	16,8	13,5

<sup>1</sup> Meist christlichdemokratische/katholische Parteien

## T1.8 Wähleranteile der sozialdemokratischen Parteien

	1960 – 1969	1970 – 1979	1980 – 1989	1990 – 1999
Australien	51,5	47,8	46,8	41,0
Belgien	32,4	26,8	27,4	25,0
Dänemark	39,7	33,2	32,1	36,0
Deutschland	37,7	43,9	39,3	35,1
Finnland	23,3	24,8	25,1	24,9
Frankreich	14,5	19,1	34,2	26,3
Griechenland		14,6	44,2	44,0
Irland	13,4	14,1	9,1	14,7
Island	15,0	12,3	17,6	13,2
Italien	18,5	14,0	15,5	7,2
Japan	35,5	28,1	25,3	21,1
Kanada	14,6	16,4	19,5	12,2
Luxemburg	33,8	33,8	30,1	25,4
Neuseeland	43,0	43,3	43,0	35,7
Niederlande	27,4	31,4	31,7	28,2
Norwegen	45,4	40,8	38,9	35,6
Österreich	43,6	50,1	46,8	39,2
Portugal		33,9	27,2	35,9
Schweden	48,1	43,8	44,4	40,8
Schweiz	25,6	23,9	22,0	20,3
Spanien		33,4	42,7	38,6
Vereinigtes Königreich (GBR)	45,5	40,6	31,4	36,3
Vereinigte Staaten (USA)	0	0	0	0
OECD Mittelwert	30,4	29,1	30,2	27,7
Europa Mittelwert	30,9	29,7	31,1	29,3

## T1.9 Wähleranteile der ultra-rechten Parteien<sup>1</sup>

	1960 – 1969	1970 – 1979	1980 – 1989	1990 – 1999
Deutschland	1,2	1,2	0,3	1,0
Frankreich	0	0	4,1	12,5
Griechenland		2,0	0,7	0
Italien	4,9	5,1	6,1	11,2
OECD Mittelwert	0,3	0,4	0,5	1,1
Europa Mittelwert	0,4	0,5	0,6	1,4

<sup>1</sup> Da nur in Deutschland, Frankreich, Griechenland und Italien ultra-rechte Parteien (nach der Definition von Lane, McKay und Newton) mindestens einmal im Untersuchungszeitraum mehr als 3% der Stimmen bei nationalen Wahlen erhalten haben, werden in dieser Tabelle nur für diese Länder die Daten angegeben. Die Durchschnitte beziehen sich aber auf die Gesamtheit der 18 europäischen bzw. 23 OECD-Länder dieser Studie. Im Falle der 1960er Jahre wurden Griechenland, Spanien und Portugal von den Berechnungen ausgeschlossen; der Durchschnitt bezieht sich mithin auf 15 europäische bzw. 20 OECD-Länder.



# **Anhang 2:**

## **Parteilpolitische Zusammensetzung der Regierungen nach Dekaden**

Quelle: Armingeon, Klaus; Beyeler, Michelle, et al. (2001): *Comparative Political Data Set, 1960–1999*. Bern:  
[http://www.ipw.unibe.ch/mitarbeiter/armingeon/default.asp?inhalt=CPD\\_Set.htm](http://www.ipw.unibe.ch/mitarbeiter/armingeon/default.asp?inhalt=CPD_Set.htm)



## T2.1 Parteipolitische Zusammensetzung der Regierungen 1960 – 1969

	Durchschnittliche Anteile der Parteien (in %) an den Kabinettsitzen		
	Rechte	Zentrum	Linke
Australien	100,0	0	0
Belgien	12,8	60,6	26,6
Dänemark	31,6	0	63,2
Deutschland	13,3	71,5	14,5
Finnland	12,7	54,9	24,6
Frankreich	71,1	1,8	0
Griechenland			
Irland	100,0	0	0
Island	65,8	0	39,2
Italien	0	80,4	19,6
Japan	100,0	0	0
Kanada	33,0	67,0	0
Luxemburg	23,4	53,9	22,7
Neuseeland	90,6	0	9,5
Niederlande	47,7	45,6	5,6
Norwegen	25,8	17,3	57,0
Österreich	0	68,5	31,5
Portugal			
Schweden	0	0	96,6
Schweiz	42,9	28,6	28,6
Spanien			
Vereinigtes Königreich (GBR)	47,9	0	52,1
Vereinigte Staaten (USA)	20,0	80,0	0
OECD Mittelwert	41,9	31,5	24,6
Europa Mittelwert	33,0	32,2	32,1

## T2.2 Parteipolitische Zusammensetzung der Regierungen 1970 – 1979

	Durchschnittliche Anteile der Parteien (in %) an den Kabinettsitzen		
	Rechte	Zentrum	Linke
Australien	71,0	0	29,0
Belgien	11,3	60,1	29,5
Dänemark	33,1	0	65,6
Deutschland	23,6	0	75,0
Finnland	10,2	37,9	43,1
Frankreich	68,8	15,8	0
Griechenland	98,5	0	0
Irland	56,9	29,6	13,5
Island	29,1	46,7	25,0
Italien	2,1	82,2	14,8
Japan	100,0	0	0
Kanada	5,8	94,2	0
Luxemburg	47,1	27,5	25,4
Neuseeland	69,9	0	30,1
Niederlande	31,8	42,3	25,9
Norwegen	10,5	11,4	78,1
Österreich	0	3,0	85,0
Portugal	3,1	0	34,4
Schweden	20,8	9,7	67,6
Schweiz	42,9	28,6	28,6
Spanien	0	91,6	0
Vereinigtes Königreich (GBR)	43,7	0	56,3
Vereinigte Staaten (USA)	70,5	29,5	0
OECD Mittelwert	37,0	26,5	31,6
Europa Mittelwert	29,6	27,0	37,1

## T2.3 Parteipolitische Zusammensetzung der Regierungen 1980 – 1989

	Durchschnittliche Anteile der Parteien (in %) an den Kabinettsitzen		
	Rechte	Zentrum	Linke
Australien	31,9	0	68,1
Belgien	32,2	51,3	16,5
Dänemark	60,5	12,4	26,9
Deutschland	20,7	58,4	21,0
Finnland	22,0	29,9	46,4
Frankreich	18,2	14,7	58,8
Griechenland	20,2	0	75,6
Irland	50,7	34,5	11,8
Island	42,1	35,5	22,4
Italien	4,6	61,9	32,3
Japan	100,0	0	0
Kanada	54,6	45,4	0
Luxemburg	25,3	50,7	24,0
Neuseeland	45,6	0	54,4
Niederlande	36,4	60,0	3,6
Norwegen	36,2	11,6	52,2
Österreich	7,3	13,8	77,1
Portugal	70,9	0	10,7
Schweden	14,0	12,3	72,3
Schweiz	42,9	28,6	28,6
Spanien	0	28,5	70,8
Vereinigtes Königreich (GBR)	100,0	0	0
Vereinigte Staaten (USA)	89,5	10,5	0
OECD Mittelwert	40,2	24,3	33,6
Europa Mittelwert	33,6	28,0	36,2

## T2.4 Parteipolitische Zusammensetzung der Regierungen 1990 – 1999

	Durchschnittliche Anteile der Parteien (in %) an den Kabinettsitzen		
	Rechte	Zentrum	Linke
Australien	38,1	0	31,9
Belgien	2,2	45,5	52,1
Dänemark	42,0	6,6	51,4
Deutschland	18,4	69,8	11,1
Finnland	44,4	21,2	31,8
Frankreich	35,8	13,7	41,9
Griechenland	35,0	0	61,9
Irland	67,0	13,5	19,5
Island	46,0	27,1	27,0
Italien	9,2	29,3	34,8
Japan	84,3	4,0	10,0
Kanada	38,4	61,6	0
Luxemburg	1,7	57,2	41,2
Neuseeland	90,3	0	9,0
Niederlande	19,8	37,3	42,9
Norwegen	8,4	22,1	69,5
Österreich	0	45,1	48,3
Portugal	57,6	0	27,2
Schweden	18,9	9,7	69,9
Schweiz	42,9	28,6	28,6
Spanien	0	37,8	54,0
Vereinigtes Königreich (GBR)	73,3	0	26,7
Vereinigte Staaten (USA)	32,2	67,8	0
OECD Mittelwert	35,0	26,0	34,4
Europa Mittelwert	36,2	25,8	41,1

# **Anhang 3:**

## **Mandatsverteilung nach Ländern**

Quelle: Offizielle Wahlergebnisse der statistischen Ämter

## Parteifamilien

---

Agrarisch	Bauernparteien
Ethnisch	Ethnische, regionale Parteien
Komm.	Kommunistische Parteien
Kons.	Konservative Parteien
Lib.	Liberale Parteien
Links-soz.	Links-sozialistische Parteien
Ökolog.	Ökologische, grüne Parteien
Protest	Protestparteien
Relig.	Religiöse Parteien
Sozialdem.	Sozialdemokratische, sozialistische Parteien
Ultra-rechts	Ultra-rechte Parteien

---

### T3.1 Belgien

#### Mandatsverteilung: Chambre des Représentants – Kamer van volksvertegenwoordigers – Abgeordnetenversammlung

Partei <sup>1</sup>	1971	1974	1977	1978	1981	1985	1987	1991	1995	1999	Parteifamilie <sup>2</sup>
CVP	67	72	56	57	43	49	43	39	29	22	Relig.
PSC			24	25	18	20	19	18	12	10	Relig.
PS	61	59	62	32	35	35	40	35	21	19	Sozialdem.
SP			26	26	26	32	32	28	20	14	Sozialdem.
VLD	34	30	17	22	28	22	25	26	21	23	Lib.
PRL			16	15	24	24	23	20	18	18	Lib.
Ecolo					2	5	3	10	6	11	Ökolog.
Agalev					2	4	6	7	5	9	Ökolog.
Vi.Blok				1	1	1	2	12	11	15	Ethnisch
VU	21	22	20	14	20	16	16	10	5	8	Ethnisch
DFD	24	14	11	11	8	3	3	3	-> PRL	-> PRL	Ethnisch
RW		11	4	4							Ethnisch
FN								1	2	1	Ultra-rechts
PCB	5	4	2	4	2						Komm.
Übrige				1	3	1		3			Übrige
Total	212	212	212	212	212	212	212	212	150	150	Total

<sup>1</sup> Es werden die aktuellen Parteibezeichnungen verwendet. Abkürzungen und englische Bezeichnungen gemäss Armington K. et al. (2001): Comparative Political Data Set (CPDS) und Interparlamentarische Union (IPU): 'Parline' Datenbank.

<sup>2</sup> Zuteilung gemäss Armington K. et al. (2001): Comparative Political Data Set (CPDS) und Lane J.-E./Ersson S. (1999): Politics and Society in Western Europe.

#### Abkürzungen der Parteien:

CVP	Christelijke volkspartij (Christian People's Party)
PSC	Parti social-chrétien (Christian Social Party)
PS	Parti socialiste belge (Socialist Party); 1978 trennten sich die flämischen und wallonischen Sozialisten.
SP	Belgische sozialistische partij (Flemish Socialist Party); 1978 trennten sich die flämischen und wallonischen Sozialisten.
VLD	Vlaamse liberalen en democraten (Liberal Party – Flemish); bis 1992: Partij voor vrijheid en vooruitgang.
PRL	Parti réformateur libéral (Liberal Party – Walloon); bis 1976: Parti de la liberté et du progrès; 1976: Parti des réformes et de la liberté de Wallonie; 1995 und 1999: gemeinsam mit der DFD.
Ecolo	Ecologistes (Greens – Walloon)

### T3.1 Belgien (Fortsetzung)

Agalev	Anders gaan leven (Greens – Flemish)
Vl.Blok	Vlaamse Blok (Flemish Block)
VU	Volksunie (People's Union)
FDf	Front démocratique des Bruxellois francophones (Francophone Democratic Front); 1991: Front démocratique des Bruxellois francophones – Parti pour la Wallonie; 1995 und 1999: gemeinsam mit der PRL.
RW	Rassemblement wallon (Walloon Rally)
FN	Front national (National Front)
PCB	Parti communiste de Belgique – Kommunistische partij van België (Communist Party)

#### Anmerkungen:

1971:	CVP / PSC:	Die CVP und die PSC wurden vom belgischen statistischen Landesamt zusammen ausgewiesen.
	PS / SP:	Inkl. 1 Mandat der Liste Rode Leeuwen
	VLD / PRL:	Inkl. 3 Mandate des Parti libéral de Bruxelles; die VLD und die PRL wurden vom belgischen statistischen Landesamt zusammen ausgewiesen.
	FDf / RW:	Die FDF und die RW wurden vom belgischen statistischen Landesamt zusammen ausgewiesen.
1974:	CVP / PSC:	Die CVP und die PSC wurden vom belgischen statistischen Landesamt zusammen ausgewiesen.
	VLD / PRL:	Die VLD und die PRL wurden vom belgischen statistischen Landesamt zusammen ausgewiesen.
	FDf:	Zusammen mit dem Parti libéral démocrate et pluraliste (1971: Parti libéral de Bruxelles).
1977:	FDf / RW:	Die Mandate der gemeinsamen Listen FDF/RW sind unter FDF aufgeführt.
	PS / SP:	Inkl. 1 Mandat einer gemeinsamen Liste mit dem RW.
1978:	Übrige:	Union démocratique pour le respect du travail – Respect voor arbeid en democratie: 1 Mandat.
1981:	FDf / RW:	Die FDF und die RW wurden vom belgischen statistischen Landesamt zusammen ausgewiesen.
	Übrige:	Union démocratique pour le respect du travail – Respect voor arbeid en democratie: 3 Mandate.
1985:	Übrige:	Union démocratique pour le respect du travail – Respect voor arbeid en democratie: 1 Mandat.
1991:	Übrige:	Radical omvormers en sociale strijders vor een eerlijke maatschappij (ROSSEM): 3 Mandate.
1995:	FDf:	Gemeinsame Liste mit dem PRL (Mandate unter PRL aufgeführt).
1999:	FDf:	Gemeinsame Liste mit dem PRL (Mandate unter PRL aufgeführt).

### T3.2 Dänemark

#### Mandatsverteilung: Folketinget

Partei <sup>1</sup>	1971	1973	1975	1977	1979	1981	1984	1987	1988	1990	1994	1998	Parteifamilie <sup>2</sup>
S	70	46	53	65	68	59	56	54	55	69	62	63	Sozialdem.
RV	27	20	13	6	10	9	10	11	10	7	8	7	Lib.
KFP	31	16	10	15	22	26	42	38	35	30	27	16	Kons.
SFP	17	11	9	7	11	21	21	27	24	15	13	13	Links-soz.
V	30	22	42	21	22	20	22	19	22	29	42	42	Lib.
F		28	24	26	20	16	6	9	16	12	11	4	Protest
CD		14	4	11	6	15	8	9	9	9	5	8	Lib.
K		7	9	6	5	4	5	4	4	4		4	Relig.
KP			6	7	7								Komm.
R			5	6	5								Lib.
VS			4	5	6	5	5						Links-soz.
EL											6	5	Ökolog.
DF												13	Protest
Übrige								4			1		Übrige
Total	175	175	175	175	175	175	175	175	175	175	175	175	Total

<sup>1</sup> Es werden die aktuellen Parteibezeichnungen verwendet. Abkürzungen gemäss: Armington K. et al. (2001): Comparative Political Data Set (CPDS) und Interparlamentarische Union (IPU); 'Parline' Datenbank; Englische Bezeichnungen aufgrund offizieller Quellen.

<sup>2</sup> Zuteilung gemäss Armington K. et al. (2001): Comparative Political Data Set (CPDS) und Lane J.-E./Ersson S. (1999): Politics and Society in Western Europe.

#### Abkürzungen der Parteien:

S	Socialdemokratiet (Social Democratic Party)
RV	Radikale Venstre (Social-Liberal Party)
KFP	Konservative Folkeparti (Conservative Party)
SFP	Socialistisk Folkeparti (Socialist People's Party)
V	Venstre (Liberal Democratic Party)
F	Fremskridtspartiet (Progress Party)
CD	Centrums-Demokraterne (Centre Democratic Party)
K	Kristeligt Folkeparti (Christian People's Party)
KP	Kommunistiske Parti (Communist Party)
R	Retsforbundet (Justice Party)
VS	Venstresocialisterne (Left-Wing Socialists)
EL	Enhedslisten – De Rød Grønne (Red-Green Unitary List)
DF	Dansk Folkeparti (Danish People's Party)



### T3.3 Deutschland

#### Mandatsverteilung: Bundestag

Partei <sup>1</sup>	1972	1976	1980	1983	1987	1990	1994	1998	Parteifamilie <sup>2</sup>
SPD	242	224	228	202	193	239	252	298	Sozialdem.
CDU	186	201	185	202	185	268	244	198	Relig.
CSU	48	53	52	53	49	51	50	47	Relig.
F.D.P.	42	40	54	35	48	79	47	43	Lib.
GRÜNE				27	42	8	49	47	Ökolog.
PDS						17	30	36	Komm.
Übrige				1	2				Übrige
Total	518	518	519	520	519	662	672	669	Total

<sup>1</sup> Es werden die aktuellen Parteibezeichnungen verwendet. Abkürzungen und englische Bezeichnungen gemäss Armington K. et al. (2001): Comparative Political Data Set (CPDS) und Interparlamentarische Union (IPU): 'Parline' Datenbank.

<sup>2</sup> Zuteilung gemäss Armington K. et al. (2001): Comparative Political Data Set (CPDS) und Lane J.-E./Ersson S. (1999): Politics and Society in Western Europe.

#### Abkürzungen der Parteien:

SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Social Democrats)
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands (Christian Democratic Union)
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern (Christian Social Union)
F.D.P.	Freie Demokratische Partei (Free Democrats)
GRÜNE	Bündnis '90 – Die GRÜNEN (Greens); bis 1993: DIE GRÜNEN. 1993 Zusammenschluss von DIE GRÜNEN und Bündnis '90.
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus (Party of Democratic Socialism)

#### Anmerkungen:

1983:	Übrige:	Alternative Liste; vom Bundesland Berlin, das die Bundestagsabgeordneten bis 1990 durch das Berliner Abgeordnetenhaus bestellt.
1987:	Übrige:	Alternative Liste; vom Bundesland Berlin, das die Bundestagsabgeordneten bis 1990 durch das Berliner Abgeordnetenhaus bestellt.



### T3.4 Finnland

#### Mandatsverteilung: Eduskunta / Riksdagen

Partei <sup>1</sup>	1972	1975	1979	1983	1987	1991	1995	1999	Partefamilie <sup>2</sup>
SDP	55	54	52	57	56	48	63	51	Sozialdem.
VAS	37	40	35	26	20	19	22	20	Komm.
KOK	34	35	47	44	53	40	39	46	Kons.
KESK	35	39	36	38	40	55	44	48	Agrarisch
RKP	9	9	9	10	12	11	11	11	Ethnisch
LKP	7	9	4			1			Lib.
PS	18	2	7	17	9	7	1	1	Protest
SKL	4	9	9	3	5	8	7	10	Relig.
VIHR					4	10	9	11	Ökolog.
ÄS <sup>3</sup>	1	1	1	1	1	1	1	1	Übrige
Übrige		2		4			3	1	Übrige
Total	200	200	200	200	200	200	200	200	Total

<sup>1</sup> Es werden die aktuellen Parteibezeichnungen verwendet. Abkürzungen und englische Bezeichnungen aufgrund offizieller Quellen.

<sup>2</sup> Zuteilung gemäss Armingeon K. et al. (2001): Comparative Political Data Set (CPDS) und Lane J.-E./Ersson S. (1999): Politics and Society in Western Europe.

<sup>3</sup> Die finnische Wahlgesetzgebung garantiert der Region von Åland 1 Sitz im Parlament.

### T3.4 Finnland (Fortsetzung)

#### Abkürzungen der Parteien:

SDP	Suomen Sosialidemokraattinen Puolue (Social Democratic Party of Finland)
VAS	Vasemmistoliitto (Left Alliance); bis 1987: Suomen kansan demokraattinen liitto (Democratic League of the People of Finland).
KOK	Kansallinen Kokoomus (National Coalition Party)
KESK	Suomen Keskusta (Centre Party of Finland); bis 1987: Keskustapuolue (Center Party).
RKP	Ruotsalainen Kansanpuolue (Swedish People's Party in Finland)
LKP	Liberaalinen Kansanpuolue (Liberal Party)
PS	Perussuomalaiset (True Finns); bis 1995: Suomen Maaseudun Puolue (Finnish Rural Party).
SKL	Suomen Kristillinen Liitto (Christian League of Finland)
VIHR	Vihreä Liitto (Green League)
ÅS	Åländsk Samling (Coalition of Åland)

#### Anmerkungen:

1975:	Übrige:	Suomen Kansan Yhtenäisyyden Puolue (Unification Party of the Finnish People): 1 Mandat; Suomen Perustuslaillinen kansanpuolue (Constitutional People's Party): 1 Mandat.
1983:	LKP/KESK:	Koalition von Liberaalinen Kansanpuolue (Liberal Party) und Keskustapuolue (Center Party)
	Übrige:	Perustuslaillinen oikeistopuolue (Constitutional Party of Finland): 1 Mandat; Grüne: 2 Mandate; Lapin läänin vaalipiirin yhteislista (The Joint List in the constituency of Lapland): 1 Mandat.
1995:	Übrige:	Ekologinen Puolue (Ecological Party): 1 Mandat ; Nuorsuomalainen Puolue (Progressive Finnish Party): 2 Mandate.
1999:	Übrige:	Remonttiryhmä (Reform Group)

### T3.5 Frankreich

#### Mandatsverteilung: Assemblée nationale

Partei <sup>1</sup>	1973	1978	1981	1986	1988	1993	1997	Partefamilie <sup>2</sup>
RPR	185	150	85	77	128	247	139	Kons.
PS	90	104	269	207	262	54	246	Sozialdem.
PCF	73	86	44	35	27	23	37	Komm.
MRG	11	10	14	2	9	6	13	Lib.
PR	54	71	-> UDF					Kons.
Réf.	32							Relig.
Rad.	-> Réf.	7	-> UDF					Kons.
CDS	-> Réf.	35	-> UDF					Relig.
CNIP	-> Réf.	9						Kons.
CDP	23	-> CDS						Kons.
UDF			61	53	130	213	109	Kons.
Union								
RPR-UDF				147				Kons.
FN				35	1		1	Ultra-rechts
Éco.							8	Ökolog.
Übrige	22	19	18	21	20	34	24	Übrige
Total	490	491	491	577	577	577	577	Total

#### Bemerkung zur Quellenlage:

Die offizielle französische Wahlstatistik nimmt nur eine relativ grobe Zuteilung der Abgeordneten zu parlamentarischen Gruppen vor. Für die Zwecke der vorliegenden Publikation ist jedoch eine präzise Zuordnung der Mandate zu Parteien nötig. Dies erweist sich aufgrund des französischen Wahlsystems – Majorwahl in Einerwahlkreisen – als schwierig und verschiedene Quellen differieren in dieser Hinsicht. Für die Tabelle wurde die Mandatsverteilung, wie sie in den Handbüchern der Interparlamentarischen Union zu finden ist, verwendet (Chronique des élections parlementaires, Union Parlementaire, Genf).

Für weitere Angaben zu den Parteien wurden folgende Quellen beigezogen:

Caramani D. (2000): Elections in Western Europe since 1815

Russ S. et al. (2000): Parteien in Frankreich

Haensch, G., Fischer, P. (1994): Kleines Frankreich-Lexikon

<sup>1</sup> Es werden die aktuellen Parteibezeichnungen verwendet. Abkürzungen und englische Bezeichnungen gemäss Armingeon K. et al. (2001): Comparative Political Data Set (CPDS); Interparlamentarische Union (IPU); Chronique des élections parlementaires; Caramani, D. (2000): Elections in Western Europe since 1815.

<sup>2</sup> Zuteilung gemäss Armingeon K. et al. (2001): Comparative Political Data Set (CPDS) und Lane J.-E./Ersson S. (1999): Politics and Society in Western Europe.

### T3.5 Frankreich (Fortsetzung)

#### Abkürzungen der Parteien:

RPR:	Rassemblement pour la République (Rally for the Republic); 1973: Union des démocrates pour la république.
PS:	Parti socialiste (Socialist Party)
PCF:	Parti communiste français (Communist Party)
MRG:	Mouvement des radicaux de gauche (Movement of Leftist Radicals); 1972 entstanden aus einer linken Abspaltung des Parti Radical (Radical Party).
PR:	Parti républicain (Republican Party); 1973: Fédération Nationale des Républicains Indépendants (FNRI); Ab 1978: in der UDF.
Réf.:	Mouvement réformateur (Reformist Movement); 1973: Gemeinsame Wahlallianz der zentristischen Parteien (Rad., CNIP und CDS).
Rad.:	Parti radical; 1973: im Mouvement Réformateur; Ab 1978: in der UDF.
CDS:	Centre des démocrates sociaux (Centre of Social Democrats); Vor 1976: Centre démocrate (Democratic Centre); 1973: im Mouvement Réformateur; 1976: Wiedervereinigung mit dem 1969 abgespaltenen CDP; Ab 1978: in der UDF.
CNIP:	Centre national des indépendants et paysans (National Centre of Independents and Farmers); 1973: im Mouvement Réformateur; Ab 1978: in der UDF.
CDP:	Centre démocratie et progrès (Centre Democracy and Progress); 1976: Wiedervereinigung mit dem CDS.
UDF:	Union pour la démocratie française (Union for French Democracy); 1978 als Zweckbündnis zum politischen Rückhalt für Präsident Valéry Giscard d'Estaing gebildet.
Union	
RPR-UDF:	1986: Wahlallianz von RPR und UDF
FN:	Front national (National Front)
Éco.:	Écologistes (Greens)

### T3.5 Frankreich (Fortsetzung)

#### Anmerkungen:

- 1973: Übrige: Parti socialiste unifié: 3 Mandate;  
Diverse Rechte: 14 Mandate;  
Diverse Linke: 3 Mandate;  
Andere: 2 Mandate.
- 1978: UDF: Wahlbündnis von Parti républicain (PR), Centre des démocrates sociaux (CDS), Parti radical (Rad.).  
Übrige: «Majorité présidentielle» (im Wahlbündnis UDF): 16 Mandate;  
Mouvement démocratique socialiste de France (im Wahlbündnis UDF): 1 Mandat; Parti socialiste démocrate: 1 Mandat;  
Andere: 1 Mandat.
- 1981: UDF: Parti républicain (PR), Centre des démocrates sociaux (CDS), Parti radical (Rad.) sind in der UDF aufgegangen.  
Übrige: Diverse Linke: 7 Mandate;  
Diverse Rechte: 11 Mandate.
- 1986: RPR-UDF: In gewissen Wahlkreisen traten RPR und UDF gemeinsam an, in anderen kandidierten die beiden Parteien separat.  
Übrige: Diverse Linke: 5 Mandate;  
Diverse Rechte: 14 Mandate;  
Union de la gauche: 2 Mandate.
- 1988: Übrige: Diverse Linke: 6 Mandate;  
Diverse Rechte: 12 Mandate;  
2 polynesische Abgeordnete.
- 1993: Übrige: Diverse Rechte: 24 Mandate;  
«Majorité présidentielle de gauche»: 10 Mandate.
- 1997: Übrige: Diverse Linke: 16 Mandate;  
Diverse Rechte: 8 Mandate.



### T3.6 Griechenland

#### Mandatsverteilung: Vouli Ton Ellinon

Partei <sup>1</sup>	1974	1977	1981	1985	1989a)	1989b)	1990	1993	1996	Parteifamilie <sup>2</sup>
ND	220	171	115	126	145	148	150	111	108	Kons.
EDIK	60	16								Lib.
PASOK	12	93	172	161	125	128	123	170	162	Sozialdem.
KKE	8	11	13	12	-> SYN	-> SYN	-> SYN	9	11	Komm.
SPAD		2								Links-soz.
KNF		2								Lib.
EP		5								Ultra-rechts
SYN					28	21	19		10	Komm.
POLA								10		Kons.
DIKKI									9	Sozialdem.
Übrige				1	2	3	8			Übrige
Total	300	300	300	300	300	300	300	300	300	Total

<sup>1</sup> Es werden die aktuellen Parteibezeichnungen verwendet. Abkürzungen gemäss: Armingeon K. et al. (2001): Comparative Political Data Set (CPDS) und Interparlamentarische Union (IPU); 'Parline' Datenbank; Englische Bezeichnungen aufgrund offizieller Quellen.

<sup>2</sup> Zuteilung gemäss Armingeon K. et al. (2001): Comparative Political Data Set (CPDS) und Lane J.-E./Ersson S. (1999): Politics and Society in Western Europe.

#### Abkürzungen der Parteien:

ND	Nea Dimokratia (New Democracy)
EDIK	Enosis Dimokratikou Kentrou (Union of the Democratic Centre); 1974: Enosi Kentrou – Nees Dinamis (Union of the Centre – New Forces).
PASOK	Panellinio Sosialistiko Kinima (Panhellenic Socialist Movement)
KKE	Kommunistiko Komma Ellados (Greek Communist Party); 1989–1990: SYN.
SPAD	Simachia Proodeftikon ke Aristeron Dinameon (Alliance of Progressive and Left Forces)
KNF	Komma Neofilefteron (New Liberal Party)
EP	Ethniki Parataxi (National Order)
SYN	Synaspismos tis Aristeras ke tis Proodou (Coalition of the Left and Progress)
POLA	Politiki Anixi (Political Spring)
DIKKI	Dimokratiko Kinoniko Kinima (Democratic Social Mouvement)

### T3.6 Griechenland (Fortsetzung)

#### Anmerkungen:

- 1974: KKE: Mit Kommounistiko Komma Ellados Esoterikou (Greek Communist Party – Internal) und Eniea Dimokratiki Aristera (United Democratic Left) in der Allianz Enomeni Aristera (United Left).
- 1985: Übrige: Kommounistiko Komma Ellados Esoterikou KKE-ES (Greek Communist Party – Internal): 1 Mandat.
- 1989<sup>a)</sup>: Wahlen vom 18. Juni 1989:
- SYN: Allianz aus KKE, Elliniki Aristera (Greek Left), Enia Dimokratiki Aristera (United Democratic Left), Komma Dimokratikou Sosialismou (Democratic Socialism Party) und anderen kleinen Parteien.
- Übrige: Empistosini (Trust): 1 Mandat;  
Dimokratiki Ananeosi (Democratic Renewal): 1 Mandat.
- 1989<sup>b)</sup>: Wahlen vom 5. November 1989:
- SYN: Allianz aus KKE, Elliniki Aristera (Greek Left), Enia Dimokratiki Aristera (United Democratic Left), Komma Dimokratikou Sosialismou (Democratic Socialism Party) und anderen kleinen Parteien.
- Übrige: Ikologi Enallaktiki (Alternative Ecologists): 1 Mandat;  
Empistosini (Trust): 1 Mandat;  
Anexartiti – Memonomeni (Independent – Single): 1 Mandat.
- 1990: SYN: Allianz aus KKE, Elliniki Aristera (Greek Left), Enia Dimokratiki Aristera (United Democratic Left), Komma Dimokratikou Sosialismou (Democratic Socialism Party) und anderen kleinen Parteien.
- Übrige: Ikologi Enallaktiki (Alternative Ecologists): 1 Mandat;  
Empistosini (Trust): 1 Mandat;  
Pèpromeno (Fate): 1 Mandat;  
Dimokratiki Ananeosi (Democratic Renewal): 1 Mandat;  
Synergasia (Cooperation): 4 Mandate (gemeinsame Wahlvorschläge von PASOK und SYN in fünf Majorwahlkreisen).
- 1996: SYN: Synaspismos (Coalition)

### T3.7 Irland

#### Mandatsverteilung: Dail Eireann, House of Representatives

Partei <sup>1</sup>	1973	1977	1981	1982a)	1982b)	1987	1989	1992	1997	Parteifamilie <sup>2</sup>
FF	69	84	78	81	75	81	77	68	77	Kons.
FG	54	43	65	63	70	51	55	45	54	Kons.
LAB	19	17	15	15	16	12	15	33	17	Sozialdem.
WP			1	3	2	4	7			Links-soz.
PD						14	6	10	4	Lib.
GP							1	1	2	Ökolog.
DL								4	4	Links-soz.
Übrige	2	4	7	4	3	4	5	5	8	Übrige
Total	144	148	166	166	166	166	166	166	166	Total

<sup>1</sup> Es werden die aktuellen Parteibezeichnungen verwendet. Abkürzungen aufgrund offizieller Quellen.

<sup>2</sup> Zuteilung gemäss Armington K. et al. (2001): Comparative Political Data Set (CPDS) und Lane J.-E./Ersson S. (1999): Politics and Society in Western Europe.

#### Abkürzungen der Parteien:

FF Fianna Fáil

FG Fine Gael

LAB Labour Party

WP The Workers' Party;  
bis 1982: Sinn Féin the Workers' Party.

SLP Socialist Labour Party

PD Progressive Democrats;  
1985: Abspaltung von Fianna Fáil.

DSP Democratic Socialist Party

GP Green Party – Comhaontas Glas

DL Democratic Left;  
1992: Abspaltung von der Worker's Party und 1999 Fusion mit der Labour Party;  
1999: Fusion mit der Labour Party.

### T3.7 Irland (Fortsetzung)

#### Anmerkungen:

- 1973: Übrige: Parteilos/unabhängig
- 1977: Übrige: Parteilos/unabhängig
- 1981: Übrige: Parteilos/unabhängig; 6 Mandate;  
Socialist Labour Party: 1 Mandat.
- 1982<sup>a)</sup>: Wahlen vom 18. Februar 1982:  
Übrige: Parteilos/unabhängig
- 1982<sup>b)</sup>: Wahlen vom 24. November 1982:  
Übrige: Parteilos/unabhängig
- 1987: Übrige: Parteilos/unabhängig; 3 Mandate;  
Democratic Socialist Party: 1 Mandat.
- 1989: Übrige: Parteilos/unabhängig; 4 Mandate;  
Democratic Socialist Party: 1 Mandat.
- 1992: Übrige: Parteilos/unabhängig
- 1997: Übrige: Parteilos/unabhängig; 6 Mandate;  
Socialist Party: 1 Mandat;  
Sinn Féin: 1 Mandat.

### T3.8 Island

#### Mandatsverteilung: Althingi

Partei <sup>1</sup>	1974	1978	1979	1983	1987	1991	1995	1999	Parteifamilie <sup>2</sup>
SDP	5	14	10	6	10	10	7	-> ALL	Sozialdem.
PP	17	12	17	14	13	13	15	12	Agrarisch
IP	25	20	21	23	18	26	25	26	Kons.
PA	11	14	11	10	8	9	9	-> ALL	Komm.
ULL	2								Lib.
SDA				4					Sozialdem.
WA				3	6	5	3	-> ALL	Ökolog.
CP					7				Protest
PM							4		Ökolog.
LP								2	Protest
LGM								6	Links-soz.
ALL								17	Sozialdem.
Übrige			1		1				Übrige
Total	60	60	60	60	63	63	63	63	Total

<sup>1</sup> Es werden die aktuellen Parteibezeichnungen verwendet. Abkürzungen gemäss Armingeon K. et al. (2001): Comparative Political Data Set (CPDS) und Interparlamentarische Union (IPU): 'Parline' Datenbank; Englische Bezeichnungen aufgrund offizieller Quellen.

<sup>2</sup> Zuteilung gemäss Armingeon K. et al. (2001): Comparative Political Data Set (CPDS) und Lane J.-E./Ersson S. (1999): Politics and Society in Western Europe.

#### Abkürzungen der Parteien:

SDP	Social Democratic Party
PP	Progressive Party
IP	Independence Party
PA	People's Alliance
ULL	Union of Liberals and Leftists
SDA	Social Democratic Alliance (abgespaltet von der SDP)
WA	Women's Alliance
CP	Citizens' Party (abgespaltet von der IP)
PM	People's Movement (abgespaltet von der SDP)
LP	Liberal Party
LGM	Left-Green Movement
ALL	The Alliance

### T3.8 Island (Fortsetzung)

#### Anmerkungen:

- 1979: Übrige: Keine Information in den offiziellen Quellen.
- 1987: Übrige: Association for Equality and Social Justice (Abspaltung von der PP)
- 1995: PA: People's Alliance and Independents
- 1999: SDP: SPD, PA und WA bilden die ALL (The Alliance).  
PA: SPD, PA und WA bilden die ALL (The Alliance).  
WA: SPD, PA und WA bilden die ALL (The Alliance).

### T3.9 Italien

#### Mandatsverteilung: Camera dei Deputati

Partei <sup>1</sup>	1972	1976	1979	1983	1987	1992	1994	1996	Parteifamilie <sup>2</sup>
DC	266	263	262	225	234	206	-> Patto pl		Relig.
PDS	179	227	201	198	177	107	-> Prog.	-> Ulivo	Komm.
PSI	61	57	62	73	94	92	-> Prog.		Sozialdem.
AN	56	35	30	42	35	34	11/-> Polo BG	-> Polo Lib	Ultra-rechts
PSDI	29	15	20	23	17	16			Sozialdem.
PLI	20	5	9	16	11	17			Lib.
PRI	15	14	16	29	21	27		-> Ulivo	Lib.
SVP	3	3	4	3	3	3		3/ -> Ulivo	Ethnisch
Dem. Prol.		6		7	8				Komm.
PdUP			6						Links-soz.
P. Rad.		4	18	11	13	7			Lib.
FdV					13	16	-> Prog.	-> Ulivo	Ökolog.
Lega					1	55	-> Polo Lib	59	Ethnisch
RC						35	-> Prog.	35	Komm.
Rete						12	-> Prog.		Sozialdem.
Wahlbündnisse '94									
- Polo Lib							191		Kons.
- Polo BG							164		Kons.
- Prog.							213		Sozialdem.
- Patto pl							46		Relig.
Wahlbündnisse '96									
- Ulivo								284	Sozialdem.
- Polo Lib								246	Kons.
Übrige	1	1	2	3	3	3	5	3	Übrige
Total	630	630	630	630	630	630	630	630	Total

<sup>1</sup> Es werden die aktuellen Parteibezeichnungen verwendet. Abkürzungen aufgrund offizieller Quellen; englische Bezeichnungen gemäss: Armingeon K. et al. (2001): Comparative Political Data set (CPDS) und Interparlamentarische Union (IPU): 'Parline' Datenbank.

<sup>2</sup> Zuteilung gemäss Armingeon K. et al. (2001): Comparative Political Data Set (CPDS) und Lane J.-E./Ersson S. (1999): Politics and Society in Western Europe.

### T3.9 Italien (Fortsetzung)

#### Abkürzungen der Parteien:

DC	Democrazia Cristiana (Christian Democrats)
PDS	Partito Democratico della Sinistra (Democratic Party of the Left); bis 1991: Partito Comunista Italiano PCI (Communist Party), danach Aufspaltung in PDS und RC.
PSI	Partito Socialista Italiano (Socialist Party)
AN	Alleanza Nazionale (National Alliance); bis 1994: Movimento Sociale Italiano – Destra Nazionale (Social Movement).
PSDI	Partito Socialista Democratico Italiano (Social Democrats)
PLI	Partito Liberale Italiano (Liberal Party)
PRI	Partito Repubblicano Italiano (Italian Republican Party)
SVP	Südtiroler Volkspartei/Partito Popolare Sud-Tirolese (South Tyrolean People's Party)
Dem. Prol.	Democrazia Proletaria (Proletarian Democracy)
PdUP	Partito di Unità Proletaria per il Comunismo
P. Rad.	Partito Radicale (Radical Party); 1992: Lista Panella.
FdV	Federazione dei Verdi (Greens' Federation); bis 1992: Lista Verde (Green List).
Lega	Lega Nord (Northern League); bis 1991: Lega Lombarda (Lombard League), dann Zusammenschluss mit der Liga Veneta und anderen Regionalparteien zur Lega Nord.
RC	Rifondazione Comunista (Communist Refoundation); 1991: Abspaltung vom Partito comunista nach der Umbenennung in PDS.
Rete	LA RETE – Movimento per la Democrazia (The Network – Movement for Democracy)

#### Wahlbündnisse 1994

Polo Lib	Polo della Libertà (Pole of freedom): Wahlbündnis von Lega Nord und Forza Italia; davon in der Proporzwahl: 11 Mandate an Lega Nord, 16 Mandate an Forza Italia.
Polo BG	Polo del Buon Governo (Pole of Good Government): Wahlbündnisse von Alleanza Nazionale und Forza Italia; davon in der Proporzwahl: 13 Mandate an AN, 14 Mandate an Forza Italia.
Prog.	Progressisti (Progressives): Wahlbündnis von PDS, RC, PSI, FdV, Rete und Alleanza Democratica (Democratic Alliance); davon in der Proporzwahl: 38 Mandate an PDS, 11 Mandate an RC.
Patto pl	Patto per l'Italia (Pact for Italy): Wahlbündnis von Patto Segni (Mario Segni) und Partito Popolare Italiano (Reste der DC); davon in der Proporzwahl: 29 Mandate an Partito Popolare Italiano, 13 Mandate an Patto Segni.

### T3.9 Italien (Fortsetzung)

#### Wahlbündnisse 1996

- Ulivo L'Ulivo (Olive tree): Wahlbündnis von PDS, Lista Dini, FdV, Partito Sardo d'Azione und POP-SVP-PRI-UD-Prodi (Bündnis von Partito Popolare Italiano, SVP, PRI, UD EUR (Democratic Union for Europe) und Prodi); davon in der Proporzwahl: 26 Mandate an PDS, 8 Mandate an die Lista Dini, 4 Mandate an POP-SVP-PRI-DU-Prodi.
- Polo Lib Polo per le Libertà (Freedom pole): Wahlbündnis von Forza Italia, AN e CCD-CDU (Bündnis von DC, Centro cristiano democratico (CCD) und Cristiani democratici uniti (CDU)); davon in der Proporzwahl: 37 Mandate an Forza Italia, 28 Mandate an AN, 12 Mandate an CCD-CDU.

#### Anmerkungen:

- 1972: Übrige: Gruppo Progressista
- 1976: Übrige: PCI-PSI-PdUP
- 1979: Übrige: Associazione per Trieste: 1 Mandat;  
UV-UVP-D. Pop.-PLI: 1 Mandat.
- 1983: Übrige: Liga Veneta: 1 Mandat;  
Partito Sardo d'Azione: 1 Mandat;  
UV-UVP-Dem. Pop.: 1 Mandat.
- 1987: Übrige: Partito Sardo d'Azione: 2 Mandate;  
UV-ADP-PRI: 1 Mandat.
- 1992: Übrige: Federalismo – Pensionati Uomini Vivi: 1 Mandat;  
Lega Autonoma Veneta: 1 Mandat;  
Lista della Valle d'Aosta: 1 Mandat.
- 1994: Seit 1994 verfügt Italien über ein gemischtes Wahlsystem: 3/4 der Mandate werden nach dem Majorzwahlsystem in Einerwahlkreisen besetzt, 1/4 der Mandate werden mittels Proporzwahl (Listenwahl in 26 Wahlkreisen) vergeben.
  - AN: Die AN trat zu den Wahlen sowohl im Rahmen des Bündnisses Patto BG als auch allein an; die 11 Mandate, die sie ausserhalb des Bündnisses eroberte, werden unter AN aufgeführt.
  - Übrige: Lista della Valle d'Aosta: 1 Mandat;  
4 Mandate an Übrige.
- 1996: Übrige: Lista della Valle d'Aosta: 1 Mandat;  
2 Mandate an Übrige.



### T3.10 Liechtenstein

#### Mandatsverteilung: Landtag

Partei <sup>1</sup>	1974	1978	1982	1986	1989	1993	1993*	1997	Parteifamilie <sup>2</sup>
FBP	8	7	7	7	12	12	11	10	Kons.
VU	7	8	8	8	13	11	13	13	Kons.
FL						2	1	2	Ökolog.
Total	15	15	15	15	25	25	25	25	Total

<sup>1</sup> Es werden die aktuellen Parteibezeichnungen verwendet. Abkürzungen aufgrund offizieller Quellen; englische Bezeichnungen gemäss: Interparlamentarische Union (IPU); 'Parline' Datenbank.

<sup>2</sup> Zuteilung zu Parteifamilien: BFS.

#### Abkürzungen der Parteien:

FBP Fortschrittliche Bürgerpartei (Progressive Citizens' Party)  
 VU Vaterländische Union (Patriotic Union)  
 FL Freie Liste (Free List)

#### Anmerkungen:

1993\*: Neuwahlen nach Misstrauensvotum gegen den Regierungschef im selben Jahr.



### T3.11 Luxemburg

#### Mandatsverteilung: Chambre des Députés

Partei <sup>1</sup>	1974	1979	1984	1989	1994	1999	Partefamilie <sup>2</sup>
PCS	18	24	25	22	21	19	Relig.
PCL	5	2	2	1			Komm.
PD	14	15	14	11	12	15	Lib.
POSL	17	14	21	18	17	13	Sozialdem.
ADR				4	5	7	Protest
GLEI				2	5	5	Ökolog.
GAP			2	2			Ökolog.
PSD	5	2					Sozialdem.
Übrige		2				1	Übrige
Total	59	59	64	60	60	60	Total

<sup>1</sup> Es werden die aktuellen Parteibezeichnungen verwendet. Abkürzungen aufgrund offizieller Quellen; englische Bezeichnungen gemäss: Armington K. et al. (2001): Comparative Political Data set (CPDS) und Interparlamentarische Union (IPU): 'Parline' Datenbank.

<sup>2</sup> Zuteilung gemäss Armington K. et al. (2001): Comparative Political Data Set (CPDS) und Lane J.-E./Ersson S. (1999): Politics and Society in Western Europe.

#### Abkürzungen der Parteien:

PCS	Parti chrétien-social (Christian Social Party)
PCL	Parti communiste (Communist Party)
PD	Parti démocratique (Democratic Party)
POSL	Parti ouvrier-socialiste (Socialist Workers' Party)
ADR	Comité d'action pour la démocratie et le droit aux pensions (Action Committee for Democracy and Justice); bis 1994: Comité d'action 5/6 Pensions pour tous (Action Committee 5/6 Pensions for All)
GLEI	Liste verte initiative écologique (Green Left); 1994: Gemeinsame Liste von GLEI und GAP als GLEI-GAP und seit 1999 als 'Les Verts' (Greens).
GAP	Parti vert alternatif (Green Alternative); 1994: Gemeinsame Liste von GLEI und GAP als GLEI-GAP und seit 1999 als Les Verts' (Greens).
PSD	Parti social-démocratique (Social Democratic Party)

#### Anmerkungen:

1979	Übrige:	Enrôles de force: 1 Mandat; Socialistes indépendants (Independent Socialists): 1 Mandat.
1979	Übrige:	Déi Lénk / La Gauche (The Left)



### T3.12 Niederlande

#### Mandatsverteilung: Tweede Kamer der Staten-Generaal

Partei <sup>1</sup>	1971	1972	1977	1981	1982	1986	1989	1994	1998	Parteifamilie <sup>2</sup>
PvdA	39	43	53	44	47	52	49	37	45	Sozialdem.
VVD	16	22	28	26	36	27	22	31	38	Lib.
KVP	35	27	-> CDA							Relig.
CHU	10	7	-> CDA							Relig.
AR	13	14	-> CDA							Relig.
CDA			49	48	45	54	54	34	29	Relig.
D'66	11	6	8	17	6	9	12	24	14	Lib.
GPV	2	2	1	1	1	1	2	2	2	Relig.
SGP	3	3	3	3	3	3	3	2	3	Relig.
CPN	6	7	2	3	3		-> GL			Komm.
PSP	2	2	1	3	3	1	-> GL			Links-soz.
DS'70	8	6	1							Sozialdem.
PPR	2	7	3	3	2	2	-> GL			Relig.
RPF				2	2	1	1	3	3	Relig.
SP								2	5	Links-soz.
GL							6	5	11	Ökolog.
AOV								6		Protest
Übrige	3	4	1		2		1	4		Übrige
Total	150	150	150	150	150	150	150	150	150	Total

<sup>1</sup> Es werden die aktuellen Parteibezeichnungen verwendet. Abkürzungen aufgrund offizieller Quellen; englische Bezeichnungen gemäss: Armington K. et al. (2001): Comparative Political Data Set (CPDS) und Interparlamentarische Union (IPU): 'Parline' Datenbank.

<sup>2</sup> Zuteilung gemäss Armington K. et al. (2001): Comparative Political Data Set (CPDS) und Lane J.-E./Ersson S. (1999): Politics and Society in Western Europe.

#### Abkürzungen der Parteien:

PvdA	Partij van de Arbeid (Labour Party)
VVD	Volkspartij voor Vrijheid en Democratie (People's Party for Freedom and Democracy)
KVP	Katholieke Volkspartij (Catholic People's Party); 1975: Zusammenschluss von KVP, CHU und AR zum Christen Democratisch Appèl (CDA).
CHU	Christelijk-Historische Unie (Christian Historical Union); 1975: Zusammenschluss von KVP, CHU und AR zum Christen Democratisch Appèl (CDA).
AR	Anti-Revolutionaire Partij (Anti Revolutionary Party); 1975: Zusammenschluss von KVP, CHU und AR zum Christen Democratisch Appèl (CDA).
CDA	Christen Democratisch Appèl (Christian Democratic Appeal); 1975 aus dem Zusammenschluss von KVP, AR und CHU entstanden.

### T3.12 Niederlande (Fortsetzung)

D'66	Democraten '66 (Democrats' 66)
GPV	Gereformeerde Politiek Verbond (Reformed Political League)
SGP	Staatkundig Gereformeerde Partij (State Reform Party)
CPN	Communistische Partij Nederland (Communist Party); 1989: Zusammenschluss von CPN, PPR, PSP und Evangelische Volkspartij (EVP, Evangelic People's Party) zu Groen Links (GL).
PSP	Pacifistisch-Socialistische Partij (Pacifist Socialist Party); 1989: Zusammenschluss von CPN, PPR, PSP und Evangelische Volkspartij (EVP, Evangelic People's Party) zu Groen Links (GL).
DS'70	Democratisch Socialisten '70 (Democratic Socialists '70); 1970 aus einer Abspaltung von der PvdA entstanden.
PPR	Politieke Partij Radikalen (Radical Political Party); 1989: Zusammenschluss von CPN, PPR, PSP und Evangelische Volkspartij (EVP, Evangelic People's Party) zu Groen Links (GL).
RPF	Reformatorische Politieke Federatie (Reformed Political Federation)
SP	Socialistische Partij (Socialist Party)
GL	Groen Links (Green Left); 1989 aus dem Zusammenschluss von PSP, PPR, CPN und Evangelische Volkspartij (EVP, Evangelic People's Party) entstanden.
AOV	Algemeen ouderen verbond (United Old Persons' League)

#### Anmerkungen:

1971:	Übrige:	Nederlandse Middenstands Partij: 2 Mandate; Boeren-Partij: 1 Mandat.
1972:	Übrige:	Boeren-Partij: 3 Mandate; Rooms Katholieke Partij Nederland: 1 Mandat.
1977:	Übrige:	Boeren-Partij: 1 Mandat
1982:	Übrige:	Centrumpartij: 1 Mandat; Evangelische Volkspartij: 1 Mandat.
1989:	Übrige:	Lijst Janmaat/Centrumdemocraten: 1 Mandat
1994:	Übrige:	Centrumdemocraten: 3 Mandate; Unie 55+: 1 Mandat.

### T3.13 Norwegen

#### Mandatsverteilung: Stortinget

Partei <sup>1</sup>	1973	1977	1981	1985	1989	1993	1997	Partefamilie <sup>2</sup>
A	62	76	66	71	63	67	65	Sozialdem.
Frp	4		4	2	22	10	25	Protest
H	29	41	53	50	37	28	23	Kons.
KrF	20	22	15	16	14	13	25	Relig.
Sp	21	12	11	12	11	32	11	Agrarisch
SV	16	2	4	6	17	13	9	Links-soz.
V	2	2	2			1	6	Lib.
Übrige	1				1	1	1	Übrige
Total	155	155	155	157	165	165	165	Total

<sup>1</sup> Es werden die aktuellen Parteibezeichnungen verwendet. Abkürzungen und englische Bezeichnungen aufgrund offizieller Quellen.

<sup>2</sup> Zuteilung gemäss Armingeon K. et al. (2001): Comparative Political Data Set (CPDS) und Lane J.-E./Ersson S. (1999): Politics and Society in Western Europe.

#### Abkürzungen der Parteien:

A	Det norske Arbeiderparti (Labour Party)
Frp	Fremskrittspartiet (Progress Party)
H	Høyre (Conservative Party)
KrF	Kristelig Folkeparti (Christian Democratic Party)
Sp	Senterpartiet (Centre Party)
SV	Sosialistisk Venstreparti (Socialist Left Party)
V	Venstre (Liberal Party)

#### Anmerkungen:

1973:	Frp:	Anders Lange Parti. Benannt nach dem Gründer der Partei, Anders Lange; nach 1973 umbenannt in Fremskrittspartiet.
	SV:	Sosialistisk Valgforbund (Socialist Electoral Alliance); Koalition von Sozialistisk Folkeparti, Norske Kommunistiske Parti und einigen Unabhängigen; nach den Wahlen entstand aus dieser Koalition die neue Sozialistisk Venstreparti (Socialist Left Party).
	Übrige:	Det Liberale Folkepartiet (the Liberal People's Party)
1989:	Übrige:	Aunelista (Future for Finnmark)
1993:	Übrige:	Rod Valgallianse (Red Electoral Alliance)
1997:	Übrige:	Tverrpolitisk Folkevalgte (Inter-political People's Party)



### T3.14 Österreich

#### Mandatsverteilung: Nationalrat

Partei <sup>1</sup>	1971	1975	1979	1983	1986	1990	1994	1995	1999	Parteifamilie <sup>2</sup>
ÖVP	80	80	77	81	77	60	52	52	52	Relig.
SPÖ	93	93	95	90	80	80	65	71	65	Sozialdem.
FPÖ	10	10	11	12	18	33	42	41	52	Lib.
Grüne					8	10	13	9	14	Ökolog.
LIF							11	10		Lib.
Total	183	183	183	183	183	183	183	183	183	Total

<sup>1</sup> Es werden die aktuellen Parteibezeichnungen verwendet. Abkürzungen aufgrund offizieller Quellen; englische Bezeichnungen gemäss: Armington K. et al. (2001): Comparative Political Data Set (CPDS) und Interparlamentarische Union (IPU): 'Parline' Datenbank.

<sup>2</sup> Zuteilung gemäss Armington K. et al. (2001): Comparative Political Data Set (CPDS) und Lane J.-E./Ersson S. (1999): Politics and Society in Western Europe.

#### Abkürzungen der Parteien:

ÖVP	Österreichische Volkspartei (People's Party)
SPÖ	Sozialdemokratische Partei Österreichs (Socialist Party); bis 1991: Sozialistische Partei Österreichs (Socialist Party).
FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs (Freedom Party)
Grüne	Die Grünen – Die Grüne Alternative (Green Alternative); bis 1990: Die Grüne Alternative (Green Alternative).
LIF	Liberales Forum (Liberal Forum); 1993 entstanden aus einer Abspaltung von der FPÖ.



### T3.15 Portugal

#### Mandatsverteilung: Assembleia da Republica

Partei <sup>1</sup>	1975	1976	1979	1980	1983	1985	1987	1991	1995	1999	Parteifamilie <sup>2</sup>
PS	116	107	74	74	101	57	60	72	112	115	Sozialdem.
PSD	81	73	7 / -> AD	8 / -> AD	75	88	148	135	88	81	Lib.
PCP	30	40	-> APU	-> APU	-> APU	-> APU	-> CDU	-> CDU	-> CDU	-> CDU	Komm.
CDS/PP	16	42	-> AD	-> AD	30	22	4	5	15	15	Relig.
MDP	5		-> APU	-> APU	-> APU	-> APU					Komm.
AD			121	126							Lib.
APU			47	41	44	38					Komm.
PRD						45	7				Lib.
CDU							31	17	15	17	Komm.
Übrige	2	1	1	1				1		2	Übrige
Total	250	263	250	250	250	250	250	230	230	230	Total

<sup>1</sup> Es werden die aktuellen Parteibezeichnungen verwendet. Abkürzungen und englische Bezeichnungen gemäss Armington K. et al. (2001): Comparative Political Data Set (CPDS) und Interparlamentarische Union (IPU): 'Parline' Datenbank.

<sup>2</sup> Zuteilung gemäss Armington K. et al. (2001): Comparative Political Data Set (CPDS) und Lane J.-E./Ersson S. (1999): Politics and Society in Western Europe.

#### Abkürzungen der Parteien:

- PS: Partido Socialista (Socialist Party)
- PSD: Partido Social Democrata (Social Democrats);  
bis 1976: Partido Popular Democrático (PPD);  
nach 1976 in gewissen Regionen als PPD/PSD angetreten;  
nach 1979 und 1980: in der Koalition Aliança Democrática (AD).
- PCP: Partido Comunista Português (Communist Party);  
1979 – 1985: in der Koalition Aliança Povo Unido (APU);  
ab 1987: in der Koalition Coligação Democrática Unitária (CDU).
- CDS/PP: Centro Democrático Social / Partido Popular (Centre Social Democrats / Popular Party);  
bis 1995: Centro Democrático Social (CDS);  
1979 und 1980: in der Koalition Aliança Democrática (AD).
- MDP: Movimento Democrático Português (Democratic Movement);  
1979 – 1985: in der Koalition Aliança Povo Unido (APU).
- AD: Aliança Democrática (Democratic Alliance): Koalition zwischen PSD, CDS und Partido Popular Monárquico.
- APU: Aliança Povo Unido (United People's Alliance): Koalition zwischen PCP und MDP.
- PRD: Partido Renovador Democrático (Democratic Renewal Party)
- CDU: Coligação Democrática Unitária (Unified Democratic Coalition): Koalition zwischen PCP und Partido Ecologista 'Os Verdes' (PEV);  
1991 und 1995 unter dem Namen 'PCP/PVE' angetreten.

### T3.15 Portugal (Fortsetzung)

#### Anmerkungen:

- 1975: Übrige: ADIM: 1 Mandat;  
União Democrática Popular: 1 Mandat.
- 1976: Übrige: União Democrática Popular: 1 Mandat.
- 1979: PSD: Zusammen mit CDS und Partido Popular Monárquico in der Koalition Aliança Democrática (AD); Verteilung der Mandate in der Koalition: PSD 73, CDS 43, Partido Popular Monárquico 5.  
auf den Azoren und Madeira trat der PSD getrennt an und gewann 7 Mandate.
- PCP: Zusammen mit dem MDP in der Koalition Aliança Povo Unido (APU); alle Mandate wurden der PCP zugeteilt.
- CDS: Zusammen mit PSD und Partido Popular Monárquico in der Koalition Aliança Democrática (AD); Verteilung der Mandate in der Koalition: PSD 73, CDS 43, Partido Popular Monárquico 5.
- MDP: Zusammen mit der PCP in der Koalition Aliança Povo Unido (APU); alle Mandate wurden der PCP zugeteilt.
- Übrige: União Democrática Popular: 1 Mandat.
- 1980: PS: Zusammen mit UEDS in der Koalition Frente Republicana e Socialista (FRS); alle Mandate wurden der PS zugeteilt.
- PSD: Zusammen mit CDS und Partido Popular Monárquico in der Koalition Aliança Democrática (AD); Verteilung der Mandate in der Koalition: PSD 74, CDS 46, Partido Popular Monárquico 6;  
auf den Azoren und Madeira trat der PSD getrennt an und gewann 8 Mandate.
- PCP: Zusammen mit dem MDP in der Koalition Aliança Povo Unido (APU); alle Mandate wurden der PCP zugeteilt.
- CDS: Zusammen mit PSD und Partido Popular Monárquico in der Koalition Aliança Democrática (AD); Verteilung der Mandate in der Koalition: PSD 74, CDS 46, Partido Popular Monárquico 6.
- MDP: Zusammen mit der PCP in der Koalition Aliança Povo Unido (APU); alle Mandate wurden der PCP zugeteilt.
- Übrige: União Democrática Popular: 1 Mandat.
- 1983: PCP: Zusammen mit dem MDP in der Koalition Aliança Povo Unido (APU); alle Mandate wurden der PCP zugeteilt.
- MDP: Zusammen mit der PCP in der Koalition Aliança Povo Unido (APU); alle Mandate wurden der PCP zugeteilt.
- 1985: PCP: Zusammen mit dem MDP in der Koalition Aliança Povo Unido (APU); alle Mandate wurden der PCP zugeteilt.
- MDP: Zusammen mit der PCP in der Koalition Aliança Povo Unido (APU); alle Mandate wurden der PCP zugeteilt.
- 1987: PCP: Mit dem Partido Ecologista 'Os Verdes' (PVE) in der Koalition Coligação Democrática Unitária (CDU); alle Mandate wurden der PCP zugeteilt.

### T3.15 Portugal (Fortsetzung)

- 1991: PCP: Mit dem Partido Ecologista 'Os Verdes' (PVE) in der Koalition Coligação Democrática Unitária (CDU); alle Mandate wurden der PCP zugeteilt.  
Übrige: Partido da Solidariedade Nacional
- 1995: PCP: Mit dem Partido Ecologista 'Os Verdes' (PVE) in der Koalition Coligação Democrática Unitária (CDU); alle Mandate wurden der PCP zugeteilt.
- 1999: PCP: Mit dem Partido Ecologista 'Os Verdes' (PVE) in der Koalition Coligação Democrática Unitária (CDU); alle Mandate wurden der PCP zugeteilt.  
Übrige: Bloco do Esquerda



### T3.16 Schweden

#### Mandatsverteilung: Riksdag

Partei <sup>1</sup>	1973	1976	1979	1982	1985	1988	1991	1994	1998	Parteifamilie <sup>2</sup>
m	51	55	73	86	76	66	80	80	82	Kons.
c	90	86	64	56	43	42	31	27	18	Agrarisch
fp	34	39	38	21	51	44	33	26	17	Lib.
s	156	152	154	166	159	156	138	161	131	Sozialdem.
v	19	17	20	20	19	21	16	22	43	Komm.
kd					1		26	15	42	Relig.
mp						20		18	16	Ökolog.
nyd							25			Protest
Total	350	349	349	349	349	349	349	349	349	Total

<sup>1</sup> Es werden die aktuellen Parteibezeichnungen verwendet. Abkürzungen und englische Bezeichnungen aufgrund offizieller Quellen.

<sup>2</sup> Zuteilung gemäss Armington K. et al. (2001): Comparative Political Data Set (CPDS) und Lane J.-E./Ersson S. (1999): Politics and Society in Western Europe.

#### Abkürzungen der Parteien:

m	Moderata Samlingspartiet (The Conservative Party)
c	Centerpartiet (The Centre Party)
fp	Folkpartiet liberalerna (The Liberal Party)
s	Arbetarepartiet – Socialdemokraterna (The Social Democrats)
v	Vänsterpartiet (The Left Party); bis 1991: Vänsterpartiet Kommunisterna (The Left Party – Communists).
kd	Kristdemokraterna (The Christian Democrats); bis 1987: Kristen Demokratisk Samling.
mp	Miljöpartiet De Gröna (The Green Party)
nyd	Ny Demokrati (New Democracy)

#### Anmerkungen:

1985: kd Zusammen mit der Centerpartiet; in dieser Koalition erhielt kd 1 Mandat.



### T3.17 Schweiz

#### Mandatsverteilung: Nationalrat / Conseil national / Consiglio nazionale

Partei <sup>1</sup>	1971	1975	1979	1983	1987	1991	1995	1999	Parteifamilie <sup>2</sup>
FDP	49	47	51	54	51	44	45	43	Lib.
CVP	44	46	44	42	42	35	34	35	Relig.
SPS	46	55	51	47	41	41	54	51	Sozialdem.
SVP	23	21	23	23	25	25	29	44	Kons.
LPS	6	6	8	8	9	10	7	6	Lib.
LdU	13	11	8	8	8	5	3	1	Lib.
EVP	3	3	3	3	3	3	2	3	Relig.
PdA	5	4	3	1	1	2	3	3	Komm.
PSA	0	1	1	1	1	1			Links-soz.
POCH	0	0	2	3	3	0			Links-soz.
FGA					1	1	2	1	Links-soz.
GPS		0	1	3	9	14	8	8	Ökolog.
SD	7	4	1	1	0				Protest
Rep.	4	2	2	4	3	5	3	1	Protest
FPS					2	8	7	0	Protest
Lega						2	1	2	Ethnisch
Übrige	0	0	2	2	1	4	2	2	Übrige
Total	200	200	200	200	200	200	200	200	Total

<sup>1</sup> Es werden die aktuellen Parteibezeichnungen verwendet. Abkürzungen und englische Bezeichnungen aufgrund offizieller Quellen.

<sup>2</sup> Zuteilung gemäss Armingeon K. et al. (2001): Comparative Political Data Set (CPDS) und Lane J.-E./Ersson S. (1999): Politics and Society in Western Europe.

### T3.17 Schweiz (Fortsetzung)

#### Abkürzungen der Parteien:

FDP	Freisinnig-Demokratische Partei (Radical Democratic Party)
CVP	Christlichdemokratische Volkspartei (Christian Democratic Party)
SPS	Sozialdemokratische Partei (Social-democratic Party)
SVP	Schweizerische Volkspartei (Swiss People's Party)
LPS	Liberale Partei (Liberal Party)
LdU	Landesring der Unabhängigen (Independents)
EVP	Evangelische Volkspartei (Evangelical People's Party)
PdA	Partei der Arbeit (Labour Party)
PSA	Partito socialista autonomo (Autonomous Socialist Party)
POCH	Progressive Organisationen der Schweiz (Progressive Organisations of Switzerland)
FGA	Feministische und grün-alternative Gruppierungen (Feminist and green-alternative groups)
GPS	Grüne Partei (Green Party)
Rep	Schweizerische Republikanische Bewegung (Swiss Republican Movement)
SD	Schweizer Demokraten (Swiss Democrats)
FPS	Freiheits-Partei der Schweiz (Freedom Party of Switzerland)

#### Anmerkungen:

1979:	Übrige:	Entente jurassienne: 1 Mandat; Liste d'unité jurassienne et populaire: 1 Mandat.
1983:	Übrige:	Freie Liste: 1 Mandat; Komitee Herbert Maeder: 1 Mandat.
1987:	Übrige:	Komitee Herbert Maeder: 1 Mandat.
1991:	Übrige:	Christlich-soziale Partei: 1 Mandat; Eidgenössisch-Demokratische Union: 1 Mandat; Alliance jurassienne: 1 Mandat; Komitee Herbert Maeder: 1 Mandat.
1995:	Übrige:	Christlich-soziale Partei: 1 Mandat; Eidgenössisch-Demokratische Union: 1 Mandat.
1999:	PdA:	Inkl. 1 Vertreter der Liste Alliance de gauche – solidaritéS
	Übrige:	Christlich-soziale Partei: 1 Mandat; Eidgenössisch-Demokratische Union: 1 Mandat.

### T3.18 Spanien

#### Mandatsverteilung: Congreso de los Diputados

Partei <sup>1</sup>	1977	1979	1982	1986	1989	1993	1996	Partefamilie <sup>2</sup>
PSOE	118	121	202	184	175	159	141	Sozialdem.
UCD	165	168	11					Lib.
PCE	20	23	4	-> IU				Komm.
PP	16	10	107	105	107	141	156	Kons.
CIU	11	8	12	18	18	17	16	Ethnisch
PNV	8	7	8	6	5	5	5	Ethnisch
EE	1	1	1	2	2	-> PSOE		Ethnisch
PA		5			2			Ethnisch
HB		3	2	5	4	2	2	Ethnisch
CDS			2	19	14			Lib.
PSP	6	-> PSOE						Sozialdem.
IU				7	17	18	21	Komm.
CC						4	4	Ethnisch
Übrige	5	4	1	4	6	4	5	Übrige
Total	350	350	350	350	350	350	350	Total

<sup>1</sup> Es werden die aktuellen Parteibezeichnungen verwendet. Abkürzungen aufgrund offizieller Quellen; englische Bezeichnungen gemäss: Armington K. et al. (2001): Comparative Political Data Set (CPDS) und Interparlamentarische Union (IPU): 'Parline' Datenbank.

<sup>2</sup> Zuteilung gemäss Armington K. et al. (2001): Comparative Political Data Set (CPDS) und Lane J.-E./Ersson S. (1999): Politics and Society in Western Europe.

#### Abkürzungen der Parteien:

PSOE	Partido Socialista Obrero Español (Socialist Workers' Party)
UCD	Unión de Centro Democrático (Union of the Democratic Centre); nach den Wahlen von 1982 aufgelöst.
PCE	Partido Comunista de España (Communist Party); nach 1986 in der IU, die sich um den PCE formierte.
PP	Partido Popular (People's Party); bis 1989: Alianza Popular (AP); danach Zusammenschluss mit einigen kleinen Parteien und in Partido Popular umbenannt.
CIU	Convergència i Unió (Convergence and Unity); bis 1979: Coalición Electoral Pacte Democratic Per Catalunya PDPC.
PNV	Partido Nacionalista Vasco (Basque Nationalist Party)
EE	Euskadiko Ezkerra (Basque Social Party); nach den Wahlen 1989 in den PSOE eingegangen.
PA	Partido Andalucista (Andalusian Party)
HB	Herri Batasuna (Basque United People)

### T3.18 Spanien (Fortsetzung)

CDS	Centro Democrático y Social (Democratic and Social Centre)
PSP	Partido Socialista Popular – Unidad Socialista (Socialist Popular Party – Socialist Unity); nach den Wahlen 1977 in den PSOE eingegangen.
IU	Izquierda Unida (United Left); 1986 gebildetes Bündnis von kommunistischen und ökologischen Gruppierungen um den PCE.
CC	Coalición Canaria (Canarian Coalition)

#### Anmerkungen:

1977:	Übrige:	Coalición Electoral Esquerra de Catalunya – Front Electoral Democratic (gemeinsame Allianz von Esquerra de Catalunya und Partido del Trabajo de España): 1 Mandat; Candidatura Aragonesa Independiente de Centro: 1 Mandat; Unió del Centre i la Democracia Cristiana de Catalunya: 2 Mandate; Agrupación Riojana Independientes: 1 Mandat.
1979:	PP:	Als Coalición Democrática zusammen mit einer kleinen baskischen Partei angetreten.
	Übrige:	Esquerra Republicana de Catalunya – Front Nacional (gemeinsame Allianz von Esquerra Republicana de Catalunya, Front Nacional de Catalunya und Partido Social Demócrata de Catalunya): 1 Mandat; Partido Aragonés Regionalista: 1 Mandat; Unión del Pueblo Canario: 1 Mandat; Unión Nacional: 1 Mandat.
1982:	PP:	Koalition mit Demócrata Popular
	Übrige:	Esquerra Republicana de Catalunya
1986:	PP:	Koalition mit dem Partido Demócrata Popular und anderen kleinen Parteien
	Übrige:	Coalición Galega: 1 Mandat; Coalición Agrupaciones Independientes de Centro: 1 Mandat; Partido Aragonés Regionalista: 1 Mandat; Unió Valenciana: 1 Mandat.
1989:	Übrige:	Agrupaciones Independientes de Canarias: 1 Mandat; Partido Aragonés Regionalista: 1 Mandat; Unió Valenciana: 2 Mandate; Eusko Alkartasuna (aus einer Abspaltung vom PNV nach den Wahlen 1986 entstanden): 2 Mandate.
1993:	Übrige:	Esquerra Republicana de Catalunya: 1 Mandat; Partido Aragonés Regionalista: 1 Mandat; Unió Valenciana: 1 Mandat; Eusko Alkartasuna: 1 Mandat.
1996:	Übrige:	Bloque Nacionalista Galego: 2 Mandate; Esquerra Republicana de Catalunya: 1 Mandat; Unió Valenciana: 1 Mandat; Eusko Alkartasuna: 1 Mandat.

### T3.19 Vereinigtes Königreich (GBR)

#### Mandatsverteilung: House of Commons

Partei <sup>1</sup>	1974 <sup>a)</sup>	1974 <sup>b)</sup>	1979	1983	1987	1992	1997	Parteifamilie <sup>2</sup>
Con	296	276	339	397	375	336	165	Kons.
Lab	301	319	268	209	229	271	418	Sozialdem.
LibDem	14	13	11	23	22	20	46	Lib.
SNP	7	11	2	2	3	3	6	Ethnisch
PC	2	3	2	2	3	4	4	Ethnisch
UU	7	6	5	11	9	9	10	Ethnisch
UDU	1	1	3	3	3	3	2	Ethnisch
SDLP	1	1	1	1	3	4	3	Ethnisch
SF				1	1		2	Ethnisch
Übrige	6	5	4	1	2	1	3	Übrige
Total	635	635	635	650	650	651	659	Total

<sup>1</sup> Es werden die aktuellen Parteibezeichnungen verwendet. Abkürzungen aufgrund offizieller Quellen.

<sup>2</sup> Zuteilung gemäss Armingeon K. et al. (2001): Comparative Political Data Set (CPDS) und Lane J.-E./Ersson S. (1999): Politics and Society in Western Europe.

#### Abkürzungen der Parteien:

Con	Conservative Party
Lab	Labour Party
LibDem	Liberal Democratic Party; bis 1992: Liberal Party; 1992 Zusammenschluss von Liberal Party und Social Democratic Party (SDP); die beiden Parteien waren schon 1983 und 1987 gemeinsam zu den Wahlen angetreten.
SNP	Scottish National Party
PC	Plaid Cymru
UU	Ulster Unionist
UDU	Ulster Democratic Unionist
SDLP	Social Democratic and Labour Party
SF	Sinn Fein

### T3.19 Vereinigtes Königreich (GBR: Fortsetzung)

#### Anmerkungen:

1974<sup>a)</sup>: Wahlen vom 28. Februar 1974:

Übrige: Vanguard Unionist Progressive Party: 3 Mandate;  
Unabhängige/andere: 3 Mandate.

1974<sup>b)</sup>: Wahlen vom 10. Oktober 1974:

Übrige: Vanguard Unionist Progressive Party: 3 Mandate;  
Unabhängige/andere: 2 Mandate.

1979: Übrige: United Ulster Unionist Party: 1 Mandat;  
James Kilfedder (Ulster Unionist Party, jedoch in Opposition zur  
offiziellen Partei): 1 Mandat;  
Unabhängige/andere: 2 Mandate.

1983: LibDem: Wahlbündnis von Liberal Party und Social Democratic Party (SDP)  
Übrige: Ulster Popular Unionist: 1 Mandat.

1987: LibDem: Wahlbündnis von Liberal Party und Social Democratic Party (SDP)  
Übrige: Ulster Popular Unionist: 1 Mandat;  
Unabhängige/andere: 1 Mandat.

1992: Übrige: Ulster Popular Unionist: 1 Mandat.

1997: Übrige: UK Unionist Party: 1 Mandat;  
Unabhängige/andere: 2 Mandate.

## Publikationsprogramm BFS

Das Bundesamt für Statistik (BFS) hat – als zentrale Statistikstelle des Bundes – die Aufgabe, statistische Informationen breiten Benutzerkreisen zur Verfügung zu stellen.

Die Verbreitung der statistischen Information geschieht gegliedert nach Fachbereichen (vgl. Umschlagseite 2) und mit verschiedenen Mitteln:

<i>Diffusionsmittel</i>	<i>Kontakt</i>	<i>Diffusionsmittel</i>	<i>Kontakt</i>
Individuelle Auskünfte	032 713 60 11 info@bfs.admin.ch	Publikationen zur vertieften Information (zum Teil auch als Diskette)	032 713 60 60 order@bfs.admin.ch
Das BFS im Internet	www.statistik.admin.ch	Online-Datenbank	032 713 60 86 www.statweb.admin.ch
Medienmitteilungen zur raschen Information der Öffentlichkeit über die neusten Ergebnisse	www.news-stat.admin.ch		

Nähere Angaben zu den verschiedenen Diffusionsmitteln liefert das laufend nachgeführte Publikationsverzeichnis im Internet unter der Adresse [www.statistik.admin.ch](http://www.statistik.admin.ch) >>News >>Neuerscheinungen.

## Politik

Ladner Andreas: Kantonale Parteiensysteme im Wandel. Eine Studie mit Daten der Wahlen in den Nationalrat und in die kantonalen Parlamente 1971–2003. Hrsg. BFS, Neuchâtel 2003, Bestell-Nr. 589-0300.

Nationalratswahlen 1999. Übersicht und Analyse. Neuchâtel 2002, Bestell-Nr. 016-9904.

Die Frauen bei den Nationalratswahlen 1999. Entwicklung seit 1971. Neuchâtel 2000, Bestell-Nr. 016-9902.

Nationalratswahlen 1999. Der Wandel der Parteienlandschaft seit 1971. Neuchâtel 1999, Bestell-Nr. 016-9901.

Nationalratswahlen 1999: Die «Voll- und Restmandate» der Parteien bei den Nationalratswahlen 1995 und die Entwicklung der Parteienlandschaft bei den kantonalen Parlamentswahlen (1996–1999). BFS-aktuell, Neuchâtel 1999.

Burger Rudolf: Konzepte zur Analyse der Panaschierstatistik. Eine Studie mit Daten der Nationalratswahlen 1999. Hrsg. BFS, Neuchâtel 2001, Bestell-Nr. 016-9903.

Der lange Weg ins Parlament. Die Frauen bei den Nationalratswahlen von 1971 bis 1991. Im Anhang: 1) Frauen in den kantonalen Parlamenten (1961–1994), 2) Studie von Thanh-Huyen Ballmer-Cao/John Bendix über Determinanten der Frauenvertretung in den schweizerischen Legislativen. Bern 1994, Bestell-Nr. 016-9102.

Die Frauen in den Exekutiven der Schweizer Gemeinden 2001. Neuchâtel 2001, Bestell-Nr. 221-0100.

Die eidgenössischen Volksabstimmungen 1999. Neuchâtel 2001, Bestell-Nr. 200-9900.

Die eidgenössischen Volksabstimmungen 1998. Neuchâtel 2000, Bestell-Nr. 200-9800.

---

Ist die Schweiz ein Musterbeispiel politischer Stabilität? Der rasante Aufstieg der SVP, welche innert zweier Wahlen ihren Wähleranteil verdoppelte und damit zur stärksten Partei in der Schweiz avancierte, aber auch die Grünen, welche sich in den neunziger Jahren als bedeutendste Nicht-Bundesratspartei etablierten, lassen hinter die viel zitierte schweizerische politische Stabilität ein Fragezeichen setzen.

Die vorliegende Studie versucht Fragen wie diese mit einem vergleichenden Blick über die Grenzen hinweg zu beantworten. Sie analysiert die Veränderungen der schweizerischen Parteienlandschaft in den vergangenen dreissig Jahren und vergleicht diese mit den parteipolitischen Veränderungen in den europäischen Staaten. Namentlich untersucht sie vergleichend folgende Aspekte:

- die Zahl der Parteien
- die programmatischen Unterschiede zwischen den Parteien
- die extremen Parteien am linken und rechten Rand
- das nationale Parteiensystem vs. 26 kantonale Parteiensysteme
- die Entwicklung der Parteienlandschaft in den neunziger Jahren

Im Anhang der Studie finden sich Tabellen mit den offiziellen Ergebnissen der Parlamentswahlen sämtlicher EU- und EFTA-Staaten seit 1970. Sie sollen es ermöglichen, die politische Entwicklung in diesen Ländern selber zu verfolgen.